

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantr. Redakteur i. B.: Fritz Paplow,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Erfahrungen bei den Einigungsverhandlungen. — Der letzte Kongreß der deutschen Gewerkschaften. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Kriegsgefahr in München. — Einen allgemeinen Streik der Dachbeder und Stukkateure. — Aus Österreichisch-Schlesien. — Die Kämpfe in Schweden. — Bekanntmachung des Verbandesvorstandes. — Berichte. — Organisationsverhältnisse der Zementierer im Gau Mannheim. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterleiden, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen. — Generalversammlungen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Krankenkassenbeamte contra. — Krankenkassen des Maurergewerbes zu Berlin. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Erfahrungen bei den Einigungsverhandlungen.

Ueber die Erfahrungen bei den Einigungsverhandlungen im Bau- und Malergewerbe schreibt einer der drei Unparteiischen, Herr Dr. Bremner, in Nr. 9 des „Gewerbe- und Kaufmannsgerichts“. Dr. Bremner glaubt, daß sich das Bestreben gezeigt habe, den Tarifvertrag in der Richtung zum National-Tarifvertrag zu entwickeln und unter ähnlichen oder gleichen Wirtschaftsbedingungen möglichst gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen. Dieser Gedanke sei stets wiederkehrend, doch er hätte nicht in der wünschenswerten Weise verwirklicht werden können, weil einzelne, besonders mitteldeutsche Gebiete mit ihren Arbeitsbedingungen ganz auffallend hinter anderen Gebieten zurückgeblieben seien. Das konnte jedenfalls daher, daß die Arbeiterorganisationen nicht überall mit gleicher Kraft hätten wirken können. Nun sei zwar nicht möglich, dies Mißverhältnis plötzlich auszugleichen, denn dadurch könne das Wirtschaftsleben in den betreffenden Gebieten in schädlicher Weise erschüttert werden, aber es müsse doch wenigstens eine Entwicklung nach vorwärts und der Wille zu einer solchen Entwicklung vorhanden sein. Kein sprunghaftes Fortschreiten — das könne das Ganze aus dem Gleichgewicht bringen —, aber doch immer eine Entwicklung; immer müsse das Morgen die Fortsetzung des Heute sein. Dr. Bremner sagt dann wörtlich:

„Es wird ein Wert der nächsten Zukunft sein müssen, hier unter intensiver Mitwirkung des Arbeitgeberbundes — allmählich einen günstigen Ausgleich zu finden. Es wäre sehr verfehlt und es müßte die ganze Organisation von vornherein diskreditieren, falls sich die in einer Organisation verkörperte Macht von einzelnen dazu mißbrauchten ließe, unter dem Deckmantel „alle für einen“ unbillige Verhältnisse auf Kosten der Arbeitnehmer und der übrigen Arbeitgeber zu erhalten.“

Hier wird, in etwas diplomatischer Form allerdings, dem Arbeitgeberbund gesagt, daß er seinen Einfluß auf seine Mitglieder dazu benutzen müsse, sie zu Lohn-erhöhungen geneigt zu machen. Der deutsche Arbeitgeberbund vertritt die Idee des Reichstarifs. Ein solcher steht aber geschlossenen Ausreißern der Unionsmitglieder voran. Die Bereitwilligkeit dazu ist bei den Unternehmern davon abhängig, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Gebieten keine größeren Unterschiede aufweisen, als sich mit guten Gründen rechtfertigen läßt. Wenn sich z. B. hamburgische Unternehmer, die ihr ihren Teil 80 A. Stundenlohn bezahlen, dafür Opfer auferlegen sollen, daß ihre Frankfurter Kollegen noch auf Jahre hinaus den Lohn von 54 A. zahlen können, so ist diese Zustimmung etwas stark und es ist fraglich, ob die Solidarität der Unternehmer solche Belastungsproben aushalten würde. So liegt es also selbst im Interesse des Arbeitgeberbundes, daß er im Sinne der Ausführungen Dr. Bremners handelt. Aber auch im Interesse des Gelingens künftiger Verträge ist es geboten. Das Gelingen an einer Zentralstelle und die Entscheidungen für das ganze Verhandlungsgebiet werden einfach zur Unmöglichkeit, wenn die Unternehmer in

einzelnen und großen Gebieten in ihrer Rückständigkeit und Starrköpfigkeit beharren. Diese Rückständigkeit bildet eine große Gefahr für den gewerblichen Frieden überhaupt. Das Gelingen künftiger Vertragsabschlüsse ist davon abhängig, daß sich die Unternehmer zu der Erkenntnis durchringen, daß sie in erster Linie verpflichtet sind, alles aus dem Wege zu räumen, was eine Fortdauer des Friedens hindert. Und zu all diesen Gründen tritt noch das tiefberechtigte Verlangen der Arbeiter nach einem Ausgleich zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse. Daß sich dies Verlangen in den jetzt beendeten Verhandlungen hat zurückdrängen lassen, ist, wie auch die Unternehmer wohl wissen werden, doch lediglich durch den Druck der flauen Geschäftstätigkeit verschuldet, und sobald dieser Druck nachläßt, werden die Arbeiter um so energischer fordern, was ihnen mit guten Gründen kein Mensch mehr verweigern kann. In diesem Sinne können wir die Ausführungen Dr. Bremners als durchaus berechtigt und angebracht anerkennen.

Einige andere Bemerkungen scheinen uns ebenfalls der Weitergabe wert zu sein. Dr. Bremner schreibt:

„Es zeigte sich ferner in sehr charakteristischer Weise, daß gewisse prinzipielle Punkte auf dem Wege einer einfachen Verhandlung nicht aus der Welt zu schaffen sind. Die Parteien haben sich oft bereits vor dem Beginn oder im Laufe der Verhandlungen für gewisse Dinge derartig erwärmt, daß der Vorschlag eines freiwilligen Rückganges als eine unbillige Zumutung aufgefaßt und zurückgewiesen wurde. Hier mußte stets der Schiedspruch der Unparteiischen eingreifen. Mehrmals erklärten die beiderseitigen Führer von vornherein, sich dem Schiedspruch zu unterwerfen, obwohl sie aus dem Gange der Verhandlungen wissen mußten, wie der Schiedspruch lauten würde, und obwohl sie jeden günstigen Vorschlag, der dem Inhalt des Schiedspruches gleichkam, abgelehnt hätten. Hier bildete die Formalität des Schiedspruches für die Führer gegenüber ihren Auftraggebern wiederholt eine erwünschte Deckung.“

Das scheint uns psychologisch ganz natürlich zu sein. Wer in der Verhandlung die Forderungen seiner Auftraggeber in einer bestimmten Höhe vertreten hat, fühlt sich schon persönlich zu sehr darauf verpflichtet. Selbst wenn er klar erkennt, daß das von ihm Vertretene im Augenblick unzureichend ist, wird er in diesem Stadium der Verhandlungen doch nur mit größter Ueberwindung davon abzuweichen können. Dies psychologische Moment ist eben da, und wer wollte ihm das Daseinsrecht bestreiten? Dann sprechen aber auch taktische Erwägungen mit, die Dr. Bremner damit andeutet, daß er den Schiedspruch als eine Deckung für die Führer gegenüber ihren Auftraggebern bezeichnet. Das trifft in gewissem Sinne tatsächlich zu und zwar für beide Parteien. In den Versammlungen werden die Forderungen aufgestellt, dort wird auch wohl ausgesprochen und beschlossen, bis wie weit man im schlimmsten Falle zurückgehen könne. Aber solche Beschlüsse, besonders wenn man sie der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, haben oft weniger den Zweck, die Taktik für die ganze Bewegung festzulegen, als auf den Gegner einzuwirken; sie sind eben mehr Demonstration als Kriegsrat. Es kann aber gar nicht ausbleiben, daß sie von einem großen Teile der Auftraggeber doch dahin aufgefaßt werden, daß man nun unüberwindlich fest an sie gebunden sei, und da es nicht möglich ist, diese misverständliche Auffassung richtig zu stellen, so erklärt es sich, warum die Führer das Erreichbare lieber in einem Schiedspruch von Unparteiischen als in einem selbstgeschlossenen Vergleich nehmen. Das ist also wahr; aber gleichwohl liegt darin etwas Niederdrückendes: die Scheitern der klärenden Führer vor den mehr zielbewußten als wegefindenden Mitgliedern.

In seinen weiteren Ausführungen kommt Dr. Bremner auf die Mangelhaftigkeit unseres Einigungswesens zu sprechen. Sie tritt allerdings auch scharf genug hervor. Wenn man bedenkt, für was man in Deutschland alles „Kemper“ und sonstige Beförden hat, so erscheint es fast unheimlich, daß das gewerbliche Einigungswesen

seit der Schaffung der Gewerbegerichte gar keine Fortbildung erfahren hat, obwohl die Entwicklung der Lohnkämpfe eine solche dringend erheischt. Das Schiedsgerichtsverfahren bei solchen Bewegungen, wie sie die letzte Zeit brachte, schwebt völlig in der Luft und ist ganz auf die Selbsthilfe der Parteien oder auf private Initiative angewiesen. Aus diesen Erwägungen heraus schreibt Dr. Bremner:

„Hier zeigt sich aber eine empfindliche, klaffende Lücke in dem gesetzlichen Aufbau des Einigungsamtes. Es fehlt an einer geeigneten Behörde zur Erledigung von großen Arbeiterbewegungen. Es haben sich zwar für die diesjährigen Verhandlungen drei Unparteiische gefunden, die das saure Amt der Verhandlungsleitung übernommen haben. Allein nach den gemachten Erfahrungen kann dies nur ein vorübergehendes Provisorium genannt werden. Schon die äußeren Umstände, unter denen die Verhandlungen stattfinden mußten, waren wenig geeignet, den Beteiligten ihre Aufgabe einigermaßen erträglich zu machen; es fehlte bei den Verhandlungen im Baugewerbe vor allem an einem geeigneten großen Verhandlungsraum nebst angeschlossenem Nebenlokalitäten zur gesonderten Veranlagung der Parteien und der Unparteiischen. Es waren auch die sonstigen Veranlassungen nicht derart, daß sie einigermaßen der Bedeutung der Sache Rechnung getragen hätten. Es mangelte an dem nötigen Hilfspersonal, den notwendigen Verzeihungsbürokraten für die schleunige Herstellung der oft umfangreichen Parteiunterlagen, sowie der Schiedssprüche und Vorschläge der Unparteiischen; es standen nicht einmal Schreibmaterialien in genügender Weise zur Verfügung. Abgesehen von diesen höchst ungünstigen äußeren Verhältnissen mußten in Zukunft für die Bestellung von Unparteiischen große Schwierigkeiten erwachen. Es ist anzunehmen, daß nach den Folgen im Bau- und Malergewerbe sowie in der Holzindustrie nationale Verhandlungen immer zahlreicher wiederkehren. Wo finden sich die Männer, die Zeit und Lust haben, neben ihrem Hauptberuf derartige, vielleicht monatelange aufreibende Nebenbeschäftigungen zu übernehmen? Welche Behörde versteht sich dazu, zu derartigen ständig wiederkehrenden Verhandlungen ihren Beamten längere Zeit zu beurlauben und für die Kosten aufzukommen? Aber auch angenommen, der Gemeinwohl liegt über derartige Bedenken, so ergeben sich weitere sachliche Schwierigkeiten, falls über die Auslegung des Normal-Tarifvertrages — wie bereits der Fall — Meinungsverschiedenheiten entstehen. Der Materialist z. B. sieht hier ein Hauptverdienst, bestehend aus drei Unparteiischen und 16 Parteimitgliedern, vor. Welche unparteiischen Personen sollen dieses ständige Amt übernehmen?“

Alle diese Fragen drängen mit Gewalt auf die Errichtung einer Zentralstelle, die unter irgend einem Namen die von den Unparteiischen zu bewältigende Aufgabe zu übernehmen hat. Solange diese Zentralstelle fehlt, kann von einer nur halbwegs betriebigen Lösung des einigungsamtlichen Gedankens, der immer mehr alle Gewerbe durchdringt, keine Rede sein.

Es ist wohl anzunehmen, daß die Gesetzgebung hier bald eingreifen wird, nur muß es in anderer Weise geschehen, als man mit dem Entwurf über die Arbeitskammern beabsichtigt.

Der letzte Kongreß der deutschen Gewerkschaften.

(Auszüge aus den Referaten und Resolutionen.)

II.

Das Thema Gewerkschaften und Genossenschaften bedurfte nach den Beschlüssen des Düsseldorf Genossenschaftstages ebenfalls noch einmal einer Veranlagung. Nach den damaligen Umständen haben die Generalkommission und der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine miteinander verhandelt und eine Resolution vereinbart, die dem zu gleicher Zeit mit dem Gewerkschaftskongreß tagenden Genossenschaftstage vorgelegt und von diesem, allerdings mit einem wiederum irritierenden Zusatz, angenommen worden ist. Die einstige Wendung der vorangegangenen Verhandlung wurde in der Debatte scharf beurteilt, dagegen gab der Gewerkschaftskongreß seinen Willen, auch künftig gute Beziehungen mit den Genossenschaften zu pflegen, Ausdruck, indem er die organisierten Arbeiter erneut an ihre Pflicht, den Konsumvereinen beizutreten, erinnerte. Der Beschluß des Eisenacher Genossenschaftstages wurde, soweit der Wortlaut vorher beiderseitig vereinbart war, zur Kenntnis genommen und im übrigen die Generalkommission beauftragt, mit dem Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine erneut zwecks einheitlicher Auslegung der Düsseldorf Resolution in Verhandlung zu treten.

Ein Wurm, der nicht sterben will, sind die Grenzstreitigkeiten. Gleichwohl kommt unsere Organisation

dabei so gut wie gar nicht in Betracht. Und wo einmal Meinungsverschiedenheiten darüber aufgetaucht sind, zu welcher Organisation eine bestimmte Arbeitergruppe gehöre (wie z. B. bei den Zementierern), da sind sie in aller Ruhe und Sachlichkeit geschlichtet worden. Glücklicherweise! Denn die Debatten darüber waren, obwohl ihnen durch Bildung einer Kommission zur Vorbereitung viel von ihrer sonstigen Schärfe genommen worden war, doch immer noch scharf genug. Als Konfurrenten kommen besonders in Betracht: Die Brauer und Böttcher, die Gemeindefreier, Transportarbeiter, Metallarbeiter und Schmiede, die Fabrikarbeiter usw. Die Redaktionskommission hat eine Resolution zu Wege gebracht, die von der überwiegenden Mehrheit des Kongresses angenommen wurde. Sie lautet:

Der Gewerkschaftskongress empfiehlt den an die General-Kommission angeschlossenen Verbänden zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten die nachstehenden Grundsätze:

1. Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich unternehmend in der Richtung des Zusammenflusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden. In diese sich von selbst vollziehende Entwicklung von außen her, durch Konkurrenz- und Kongressbeschlüsse einzugreifen, würde nur erschwerend und störend wirken, und erweist sich deshalb eine endgültige Grenzregulierung durch solche Beschlüsse als unmöglich.

2. Um ein gezieltes Nebeneinander- und Zusammenwirken der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird denselben unter Anerkennung des gegenwärtigen Organisationsstandes empfohlen, ständige Abklärungen durch besondere Vereinbarungen mit den Zentralverbänden der in Betracht kommenden Verbände abzugreifen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Aktion, des Lebensunterhalts durch feste Bestimmungen (Kartellverträge) zu regeln.

3. Die lokale Anerkennung des Organisationsstandes erfordert die Unterlassung jeder unzulässigen Agitation, besonders unter Hinweis auf niedrigere Beiträge oder höhere Unterstellungen, die Zurückweisung Aufnahmegebungen, die aus anderen angeschlossenen Verbänden ohne genügende Abklärung und Regelung ihrer Verbindlichkeiten austraten oder ausgeschlossen wurden, sowie die Unterlassung jedes Druckes auf vordringende in anderen Verbänden bestehende Gewerkschaftsmitglieder. — Die letzteren dürfen Mitglieder ihrer Organisation bleiben, haben sich aber bei gewerkschaftlichen Aktionen den Direktiven des Verbandes ihres jetzigen Berufes zu fügen. Organisierte Arbeiter, die alljährlich regelmäßig ununterbrochen länger als drei Monate zu einem und demselben Beruf übertritten, müssen sich immer der Organisation des Berufes anschließen, in dem sie arbeiten. Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, dürfen im Nebenberuf nur dann organisiert werden, wenn sie der Organisation ihres Hauptberufes angehören. Diese Arbeiter haben sich in ihrem Nebenberuf, soweit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, den Beschlüssen der in Frage kommenden Organisationen zu fügen.

4. Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in dieser Weise Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht. Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft auf Grund vorheriger, bestimmt begrenzter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentralverbänden. Letzteres gilt auch für die Aufnahme vereinzelte beschäftigter beruflicher Arbeiter in Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaftsbereichen sowie für Arbeiter, für die am Orte eine Organisation ihres Berufes nicht besteht. — Sind in einem Industriezweig für die gleichen Berufe mehrere Organisationen vorhanden, die der General-Kommission der Gewerkschaften angeschlossenen sind, so gelten dieselben in Bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern und auf die Führung von Lohnbewegungen als gleichberechtigt. — Es empfiehlt sich jedoch, um allen aus solchen gemeinsamen Tätigkeitsgebieten leicht entstehenden Reibungen vorzubeugen, für solche Konfurrentenverbände besonders dringend, sich über alle hierbei in Betracht kommenden Maßnahmen vorher zu verständigen.

5. Gewerkschaften und Staatsbetriebe, in denen Arbeiter verschiedener Berufsarten technisch unabhängig voneinander beschäftigt werden, gelten in ihrer Gesamtheit nicht als „Betrieb“ im Sinne dieser Resolution.

6. Sofern besondere Kartellverträge über die gemeinsame Behandlung von Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen nicht bestehen, haben die Bewegungen, die mehrere Berufsorganisationen umfassen oder Weiterungen für solche erwarten lassen, die betroffenen Verbände sich vorher sowohl über die Finanzierung und Durchführung der Lohnbewegung als auch über die Unterstellung der Mitorganisanten zu einigen. Bei gemeinsamen Streiks wie auch bei Unterstellung einzelner Mitglieder anderer Gewerkschaften an Unständen unterliegt jede Organisation nur der eigenen Mitglieder.

7. Von einer abgeschlossenen Kartellverträge ist der General-Kommission durch Übermittlung einer Abschrift Kenntnis zu geben.

Ueber die Frage der staatlichen Versicherung der Privatangeestellten referierte Lange, der Redakteur des „Sandlungsbüchleins“. Angesichts der bevorstehenden gesetzlichen Regelung dieser Materie erstreckt ein Teil der Privatangestelltenverbände eine Sonderversicherung, unterstützt von den Unternehmerorganisationen, die bemüht sind, diese Angestellten von der Arbeiterkraft dauernd zu isolieren und sie in einen Gegensatz zur Arbeiterbewegung zu bringen. Der einfachvollere Teil der Angestellten dagegen verlangt nach einer Weiterentwicklung der Arbeiterversicherung, so daß sie auch den Angestellten Genüge leistet. Die Arbeiterbewegung hat alle Ursache, die letzteren Bestrebungen zu unterstützen, und der Kongress erklärte sich denn auch in der angenommenen Resolution gegen jede neue Zersplitterung der Arbeiterversicherung und gegen die Schaffung einer Sonderversicherung für Privatangestellte. Die hierzu angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Der dritte Deutsche Gewerkschaftskongress tritt ein für die staatliche Versicherung gegen Krankheit und Unfall sowie für die Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung aller Schichten der Lohnarbeiterschaft. Er unterliegt daher auch die diesbezüglichen Bestrebungen der Privatangestellten aufs nachdrücklichste. Der Gewerkschaftskongress betrachtet es als eine unerlässliche Forderung der Gerechtigkeit, daß die staatliche Versicherung in einer Weise organisiert wird, die nicht eine Benachteiligung bestimmter Gruppen der Lohnarbeitenden Bevölkerung in sich schließt.

Der Gewerkschaftskongress erklärt sich für die Vereinheitlichung der Versicherungswege und bekämpft auch jene Zer-

splitterung im Versicherungswesen, die darin liegt, daß sich die Versicherungspflicht bei den einzelnen Versicherungsarten auf ganz verschiedene Personengruppen erstreckt. Diese Zersplitterung — von der auch die Privatangestellten betroffen werden, weil bei keinem der einzelnen Versicherungswege die Gesamtheit der Privatangestellten versicherungspflichtig ist — darf nicht durch weitere Widersprüche verschärft werden. Die von mancher Seite bestrittene Sonderversicherung der Privatangestellten für den Fall des Alters und der Invalidität einschließlich der Hinterbliebenenversorgung würde nicht nur die Arbeiter ausschließen, sondern, da der Begriff „Privatangestellter“ keineswegs feststeht, auch weite Kreise der Angestellten in die Gefahr bringen, nicht in die Sonderversicherung aufgenommen zu werden. Aus diesen und auch noch aus anderen für die Angestellten sehr wichtigen Gründen verweist ein großer Teil der Privatangestellten selbst — sowohl solche, die der freien Gewerkschaftsbewegung angehören, als auch andere — das System der Sonderversicherung. Sie fordern eine ausreichende Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung im Rahmen des Invalidenversicherungsgesetzes durch höhere Leistungen in den jetzt bestehenden Lohnklassen und Errichtung höherer Lohn- und Beitragsklassen. Der Gewerkschaftskongress schließt sich dem an und richtet an die Gesetzgebung das dringende Ersuchen, diese Wünsche schleunigst durch den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes und zwar so zu erfüllen, daß die Verursart an sich nicht zum Einfluß genommen werden darf, irgend eine Kategorie der Versicherten zu benachteiligen. Der Kongress betont auch hierbei seinen grundsätzlichen Standpunkt, daß zur Ausführung der erforderlichen Mittel alle Klassen der Bevölkerung heranzuziehen sind und den Versicherten das Recht der Selbstverwaltung zu gewähren ist.

Der Kongress fordert die Gewerkschaften auf, bei allen geeigneten Gelegenheiten auf die Notwendigkeit des Ausbaues der Vereinheitlichung der staatlichen Versicherung im Sinne dieser Resolution hinzuwirken.

Die Schädigungen, die die gewerkschaftliche Stellenvermittlung für zahlreiche Berufe nach sich zieht, veranlassen den Kongress, sich grübelnd mit diesem Unwesen zu befassen. Das Meistmal lag in den Händen eines bewährten Kenners dieser Verhältnisse, des Vorstehers der Gastwirtschaften, der ein reichhaltiges Material zur kritischen Würdigung derselben erbrachte. Die Forderungen des Referenten, die eine gänzliche Beseitigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung und deren Ersatz durch öffentliche gemeinsame Arbeitsnachweise erforderten, fanden die volle Zustimmung des Kongresses. Sie lautet:

Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung, wie sie im Gastwirtschaftswesen, in den fernmündlichen Berufen, im Handels-, Schacht-, Bäckers-, Malterisgewerbe usw., ferner bei der Vermittlung von Diensthofen und Landarbeitern sich eingebürgert hat, führt zu großen materiellen Schädigungen für die Arbeitsuchenden.

Die Gebühren, die von den privaten Vermittlern erhoben werden, sind zum Teil ungebührlich hoch und stehen meist in einem argen Mißverhältnis zu den von ihnen geleisteten Diensten.

Ueber die tariflich festgesetzten Gebühren hinaus suchen die Vermittler unter allerlei Vorwänden und unter den verschiedensten Formen Gelder aus den Vermittelten herauszuquetschen.

Der Umstand, daß die Stellenvermittler, Gesindevermietter, Gewerkschaften usw., sowie die sogenannten Sprechmeister der Innungen in der Regel direkt oder indirekt mit Gastwirtschaften oder anderen Geschäftsleuten (Kieferanten von Ausstattungsgegenständen, Zigarren-, Weinhandlungen usw.) in Verbindung stehen, ermöglicht eine weitere Ausbeutung und Demoralisierung der Arbeitsuchenden.

Da ein häufiger Stellenwechsel im persönlichen Erwerbsinteresse der Vermittler liegt, so suchen sie diesen, nicht selten unter Anwendung unzulässiger Mittel, möglichst zu befördern.

Indem sie den Unternehmern fortgesetzt neue Arbeitskräfte anbieten, die sie vielfach durch falsche Darstellung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und trügerische Versprechungen in rückständigen Gegenden angeworben haben, bewirken sie auch eine Herabdrückung der Löhne.

In Erwägung aller dieser Feststellungen erklärt der Kongress:

Die gänzliche Ausschaltung dieser volkswirtschaftlich schädlichen Erfinden ist im Interesse Hunderttausender von Arbeitern dringend geboten und ein vollkommener Erfolg hierfür durch Errichtung öffentlicher, von gemeinnützigen Gesichtspunkten aus geleiteter, gebührenfreier Arbeitsnachweise zu schaffen.

Die Stellenvermittlung und der Arbeitsnachweis sind durch Reichsgesetz einheitlich zu regeln und sind neue Kongressen an gewerkschaftliche Stellenvermittler, Gesindevermietter usw. nach einer durch Gesetz zu bestimmenden Übergangszeit nicht mehr zu erteilen.

Die vom Staat oder Kommune zu errichtenden Arbeitsnachweisanstalten müssen auf der Grundlage vollkommener Selbstverwaltung aufgebaut sein, überhaupt allen denjenigen Anforderungen entsprechen, die von früheren Gewerkschaftskongressen als Vorbereitung aufgestellt worden sind.

Der Kongress erwartet, daß bei der in Aussicht stehenden Änderung der Gewerbeordnung (Titel 11 § 24) diesen Wünschen Rechnung getragen wird.

Die Frage des Boykotts als gewerkschaftliches Kampfmittel ist besonders für einige Berufe der Nahrungs- und Genussmittel- sowie Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe von ausschlaggebender Bedeutung. Der Referent Allmann verlas es, durch richtige Bewertung der Lage wie auch der Schattenseiten dieses Kampfmittels die Debatte in engen Grenzen zu halten. Die rechtlichen Wirkungen des Boykotts im Lichte der neueren Rechtsprechung wurden von dem Abbeiter-Arbeitersekretär Wiffel gewürdigt. Die angenommene Resolution besagt:

Der Boykott ist bei Lohnkämpfen der Arbeiterkraft in der Bekleidungsindustrie, desgleichen in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und einigen anderen Gewerben ein Hilfsmittel von großer Bedeutung, weil für diese Gewerbe der Massentum der Arbeiterkraft ein ausschlaggebender Faktor ist. Benutzt die Arbeiterkraft in solchen Lohnkämpfen ihre Macht als Konsument, so kann durch den Boykott auf die sich gegen die Forderungen ihrer Arbeiter sperrenden Unternehmer ein bedeutender Druck ausgeübt werden, der diese zum Nachgeben im Kampfe und zur Anerkennung der Forderungen zwingen muß. Deshalb benutzt auch ferner die

Arbeiterkraft den Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Unterstützung der organisierten Arbeiterkraft in obengenannten Gewerben, um so mehr, da die Lage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen auch durchweg noch weit unter dem allgemeinen Niveau der Lebenshaltung der Gesamtarbeiterschaft steht, und letztere ein dringendes Interesse daran haben muß, ihren Teil zur Hebung der traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Gruppen beizutragen.

Ausgehend von diesen Grundsätzen beschließt der Kongress:

1. Der Boykott über einzelne Unternehmer oder ganze Gruppen von Unternehmern kann nur auf Antrag der Zentralleitung der im Lohnkampf stehenden Gewerkschaft von der Vertretung der organisierten Arbeiterkraft am Orte, dem Gewerkschaftsamt und den Vorständen der örtlichen Gewerkschaften beschlossen werden.

2. Als zweckmäßig empfiehlt es sich, zu den Beratungen über einen Boykott auch die Leitung der politischen Arbeiterorganisation am Orte mit heranzuziehen, damit im Kampfe beide Richtungen der Arbeiterkraft sich unterstützen und ergänzen können.

Der Lohnkampf gleich zu eröffnen sind die Bewegungen zur Bekämpfung der Ausbeutung, wie auch die Befestigung von Kraft und Logis beim Arbeitgeber, selbst wenn diese nicht mit einer Arbeitsinstellung verbunden sind.

3. Die Gewerkschaften, welche die Hilfe des Boykotts in Anspruch nehmen wollen, haben dieses so frühzeitig dem örtlichen Gewerkschaftsamt anzumelden, daß mit diesem die einzuleitenden Schritte rechtzeitig beraten werden können.

4. Der Boykottbeschluss des Gewerkschaftsamtels am Kampfort ist auch für die Arbeiterkraft anderer weniger am Kampfe beteiligter Orte mit bindend. Ist jedoch vorausgesetzt, daß sich der Lohnkampf und Boykott auf ganze Landstriche und Provinzen erstreckt, so soll außerdem von Ausbruch des Kampfes neben einer Verständigung mit den Gewerkschaftsamteln dieses Landstriches auch die Verständigung mit den Zentralleitungen der besonders stark beteiligten und vertretenen Gewerkschaften und der zuständigen politischen Parteileitung erfolgen.

5. Die Leitung des Boykotts wie die Ausführung der Mittel für dessen Propaganda und Durchführung ist Sache der im Lohnkampf befindlichen Organisation, welche die Verhängung des Boykotts beantragt hat; die Organisationsleitung hat sich jedoch über wichtige Maßnahmen mit der Vertretung der Gesamtarbeiterschaft am Orte zu verständigen.

6. Die Leitung des Boykotts hat neben der nötigen Publikation der gestellten Forderungen auch dafür zu sorgen, daß genügend boykottfreie Ware herbeigeschafft wird.

7. Ist von den dazu berechtigten Instanzen ein Boykott beschlossen, so ist es Pflicht aller organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen, diesen Beschluß voll und ganz durchzuführen und auf keinen Fall in boykottierten Geschäften zu kaufen.

Der Kongress erachtet den Boykott als ein gewerkschaftliches Kampfmittel, das nur nach reiflicher Prüfung der Verhältnisse und nach Beschlußfassung der vorerwähnten Instanzen angewandt werden darf, weil die unregelmäßige und unzeitige Anwendung eines Boykotts für die beteiligte Gewerkschaft und die gesamte Arbeiterkraft nachteilig wirkt.

Eine zweite Resolution zu dieser Materie erhebt Protest gegen die boykottfeindliche Rechtsprechung der Gerichte und erwartet, daß sich letztere auf die Prüfung der Angelegenheit der bei Boykotts angewandten Mittel beschränken, sich aber jeder Eingriffe in die wirtschaftliche Freiheit enthalten.

Den letzten großen Verhandlungsgegenstand bildete die Organisation zur Erziehung der Jugend. Die Generalkommission hatte auch hierzu gut vorgearbeitet und durch Verhandlungen mit dem Parteivorstand und mit den Verbandsvorsitzenden eine gemeinsame Aktionsgrundlage erzielt, die den Zielen der Jugendbewegung, der Erziehung eines tüchtigen Nachwuchses der Arbeiterbewegung, vollumfänglich gerecht wird, ohne die Nachteile einer autonomen Organisation der Jugend zu übernehmen. Ein von Leipzig ausgehender Protest gegen diese Vereinbarungen fand auf dem Kongress nur sehr geringe Beachtung. Indem der Kongress den Leitungen der Generalkommission und des Parteivorstandes, die die Bildung einer besonderen Organisation der Jugend ablehnten, mit allen gegen 16 Stimmen zustimmte, befandete er, daß dieses gemeinsame Aktionsprogramm den rechten Weg zur Weiterbildung und Erziehung der Jugend gewährt habe. Robert Schmidt, der das Referat zu diesem Punkte übernommen hatte, wurde seiner Aufgabe in großen und ganzen vollumfänglich gerecht. Was er über die Notwendigkeit und den Zweck der Jugendorganisation sagte, findet unseren vollen Beifall. Wir müssen jedoch die Kollegen, die eine gründlichere Kenntnis von Referat und Diskussion wünschen, auf das in einigen Wochen erscheinende Protokoll verweisen und uns mit dem Abdruck der Resolution begnügen. Sie lautet:

Der Kongress hält die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit, für eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.

Diese Aufgabe wird erreicht werden durch die Veranstaltung von Vorträgen, die der Erkenntnis der Jugend angepaßt sind und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftliche Tätigkeit umfassen. Daneben wird durch Veranstaltungen erziehen und auch weiterer Zuwachs Unterhaltung und Geselligkeit gepflegt werden können, sowie für Sport und Spiel in den Grenzen die Beteiligung zu erwarten sein, daß die Teilnahme hieran nicht zu einer Lebertreibung, zu einer Sportfegerei ausartet.

Für diese Zwecke erscheint die Bildung einer besonderen Jugendorganisation nicht erforderlich, vielmehr werden die Gewerkschaften für ihre jungen Mitglieder und Berufsangehörigen in besonderen Veranstaltungen die Bildung und Erziehung der Jugend im Sinne dieses Programms fördern.

Die Teilnahme an den Vorträgen und, soweit es möglich ist, auch an den anderen Veranstaltungen soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden.

Die Arrangements sind in den einzelnen Orten einer Kommission zu übertragen, die von dem Gewerkschaftsamt und der Parteioorganisation unter Hingabe einiger Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet wird.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor

lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen bzw. politischen Organisationen."

Damit waren die eigentlichen Verhandlungen erledigt. Die Wahl der Generalkommission, deren Mitglieder um zwei vermehrt wurden, ergab folgendes Resultat: Gewählt sind Legien (Hofgarbr.), Kube (Zimmerer), Silberstein (Maurer), Rob. Schmidt (Polgarbr.), Sabath (Schneider), K. noll (Steinfeher), Sassenbach (Sattler), Schumann (Transportarbeiter), Böblin (Buchdrucker), Cohen (Metallarbeiter), Brunfel (Bäcker), Bauer (Bureauangestellter), Hübisch (Textilarbtr.).

Die Bergarbeiter, für die Sache auf der Vorschlagsliste stand, haben also keinen Vertreter bekommen. Wir bedauern das.

Das Schlusswort sprach Kollege Bismarck. Er führte u. a. aus: Der Kongress hat seine umfangreiche Tagesordnung ziemlich glatt und in sehr kurzer Zeit erledigt. Mancher von Ihnen hat wohl von vornherein nicht ankommen können, das ist möglich sein würde, den ganzen Stoff in fünf Tagen zu befehlen. Wenn wir dazu in der Lage waren, dann ist das ein Beweis dafür, daß die Delegierten Selbstbeherrschung gelernt haben, daß Disziplin vorhanden ist, daß wir allmählich einsehen gelernt haben, daß nicht jeder, der zum Kongress geht, reden kann, nur damit aus sein Name im Protokoll vermerkt ist. Ich will auch hinzufügen, daß der Kongress sehr nett und ruhig verlaufen ist. Ich glaube, daß es als einer der ruhigsten Gewerkschaftskongresse bezeichnet werden kann, den wir jemals gehabt haben. Wir können uns darüber freuen - einige Erregung hat es ja bei den Grenzstreitigkeiten gegeben, aber das waren nur kleine Nebenerscheinungen. Wir können uns darüber freuen, daß wir endlich soweit gekommen sind, daß wir wirklich große Streitfragen nicht mehr ausweichen können. Es war sehr interessant auf diesem Kongress, daß die Generalkommission uns bei der Frage der Mitarbeiter erklären konnte: wir haben uns in dieser Frage mit der anderen Forderung der Arbeiterbewegung verständigen können, und auch der Referent zum Punkte Jugendorganisationen konnte diese Erklärung abgeben.

Wir haben eine Frage auf dem diesmaligen Kongress gar nicht einmal berührt, eine Frage, die die Arbeiterbewegung nach dem letzten Kongress in helle Erregung versetzte, die Frage des Generalstreiks. Warum haben wir sie heute nicht mehr berührt? Weil wir die Frage als abgehandelt betrachten durch die Verständigung, die in der Arbeiterbewegung erfolgt ist. Wir können heute mit Recht sagen, daß zwischen den beiden großen Teilen der deutschen Arbeiterbewegung es Differenzen in grundsätzlichen Fragen überhaupt nicht mehr gibt. Die Zeiten sind vorüber, wo einer eifrigst auf den anderen, wo man es für die gesamte Arbeiterbewegung für gefährlich hielt, wenn sich die Gewerkschaften auf ihren Kongressen nur mit sozialpolitischen Fragen befaßten. Wir haben die Überzeugung gewonnen, daß beide gemeinsam nach den großen Zielen der Arbeiterbewegung hinarbeiten müssen. Ich sage, wir können uns freuen darüber, daß dieser Zustand heute geschaffen ist. Die Gewerkschaften haben in der Vergangenheit große Aufgaben zu erfüllen gehabt. Die Aufgaben aber, die die Gewerkschaften für die Zukunft zu erfüllen haben, sind ohne Frage noch weit größer. In der Zukunft steht die Gewerkschaften in dem Kampfe um die Durchführung ihrer grundsätzlichen großen geschlossenen Unternehmensorganisationen gegenüber. Wir kommen in diesem Kampfe allmählich aus dem Kleinkampf mit den einzelnen Unternehmern oder den Unternehmern eines einzelnen Ortes hinaus zu großen zentralen Kämpfen und Bewegungen. Auf diese Zeit müssen wir uns rüsten. Ich sprach wohl in Köln den Wunsch aus, daß die Zahl der Mitglieder bis zum nächsten Gewerkschaftskongress zwei Millionen sein möge. Ganz haben wir dies Ziel nicht erreicht, sind ihm aber ziemlich nahe gekommen. Heute gehen wir wieder mit dem Wunsch aus, daß die Zahl der Mitglieder und die innere Festigung vor sich gehen muß. Dazu bedürfen wir der Einigkeit in der Arbeiterbewegung. Ich habe in Köln gesagt, dazu brauchen wir Ruhe. Ich sage jetzt, dazu brauchen wir Einheit. Gemeint war dort wie hier dasselbe. Das Wort Ruhe brauche ich aber nicht wieder, damit sich nicht gleich Leute hinsetzen und lange Zeitarbeits schreiben über das „Ruhebedürfnis“ der Gewerkschaften. Wir brauchen dafür die Einigkeit der deutschen Arbeiterbewegung, nicht den Streit, und wenn wir uns einig sind, werden wir auch sicher in der Folgezeit im Stande sein, alle die Aufgaben zu erfüllen, deren Lösung uns herantreibt. Wir gehen jetzt auseinander nach Süd und Nord, nach West und Ost - alle in dem Bewußtsein, daß unser draußen sehr viel Arbeit wartet, daß wir große Aufgaben zu erfüllen haben, aber auch alle mit dem festen Voratz, zu kämpfen bis zum äußersten um die große Arbeiterfrage ihrer Lösung näher zu bringen. Bevor wir voneinander scheiden, stimmen wir uns immer ein in den Ruf: Die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Organisationen lie leben hoch!

Die Delegierten himmelten begeistert in die Höhe und sangen lebend den ersten Vers der Arbeitermarfchallie. Damit ging der Kongress auseinander.

Politische Umschau.

Sozialdemokratischer Parteitag. Laut Beschluß des vorjährigen Parteitages der deutschen Sozialdemokratie findet der diesjährige in Nürnberg statt. Er wird vom Parteivorstand in „Vornähe“ auf Sonntag, den 18. September, nach Nürnberg in die „Städtische Festhalle“ einberufen. Als probatorische Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. 2. Allgemeines. 3. Organisation. 4. Frauenorganisation. 5. Jugendorganisation. 6. Arbeiterfrage. 7. Militär. 8. Rasse und Presse. 9. Vertriebsfrage. 10. G. e. l. i. d. 11. Bildungsanstalt. 12. Vertriebsfrage. 13. Schluß. 14. Bericht der Kontrollkommission. 15. Vertriebsfrage. 16. R. a. b. e. n. 17. Parlamentarische Vertriebsfrage. 18. Vertriebsfrage. 19. G. e. l. i. d. 20. Vertriebsfrage. 21. Vertriebsfrage. 22. Vertriebsfrage. 23. Vertriebsfrage. 24. Vertriebsfrage. 25. Vertriebsfrage. 26. Vertriebsfrage. 27. Vertriebsfrage. 28. Vertriebsfrage. 29. Vertriebsfrage. 30. Vertriebsfrage. 31. Vertriebsfrage. 32. Vertriebsfrage. 33. Vertriebsfrage. 34. Vertriebsfrage. 35. Vertriebsfrage. 36. Vertriebsfrage. 37. Vertriebsfrage. 38. Vertriebsfrage. 39. Vertriebsfrage. 40. Vertriebsfrage. 41. Vertriebsfrage. 42. Vertriebsfrage. 43. Vertriebsfrage. 44. Vertriebsfrage. 45. Vertriebsfrage. 46. Vertriebsfrage. 47. Vertriebsfrage. 48. Vertriebsfrage. 49. Vertriebsfrage. 50. Vertriebsfrage. 51. Vertriebsfrage. 52. Vertriebsfrage. 53. Vertriebsfrage. 54. Vertriebsfrage. 55. Vertriebsfrage. 56. Vertriebsfrage. 57. Vertriebsfrage. 58. Vertriebsfrage. 59. Vertriebsfrage. 60. Vertriebsfrage. 61. Vertriebsfrage. 62. Vertriebsfrage. 63. Vertriebsfrage. 64. Vertriebsfrage. 65. Vertriebsfrage. 66. Vertriebsfrage. 67. Vertriebsfrage. 68. Vertriebsfrage. 69. Vertriebsfrage. 70. Vertriebsfrage. 71. Vertriebsfrage. 72. Vertriebsfrage. 73. Vertriebsfrage. 74. Vertriebsfrage. 75. Vertriebsfrage. 76. Vertriebsfrage. 77. Vertriebsfrage. 78. Vertriebsfrage. 79. Vertriebsfrage. 80. Vertriebsfrage. 81. Vertriebsfrage. 82. Vertriebsfrage. 83. Vertriebsfrage. 84. Vertriebsfrage. 85. Vertriebsfrage. 86. Vertriebsfrage. 87. Vertriebsfrage. 88. Vertriebsfrage. 89. Vertriebsfrage. 90. Vertriebsfrage. 91. Vertriebsfrage. 92. Vertriebsfrage. 93. Vertriebsfrage. 94. Vertriebsfrage. 95. Vertriebsfrage. 96. Vertriebsfrage. 97. Vertriebsfrage. 98. Vertriebsfrage. 99. Vertriebsfrage. 100. Vertriebsfrage. 101. Vertriebsfrage. 102. Vertriebsfrage. 103. Vertriebsfrage. 104. Vertriebsfrage. 105. Vertriebsfrage. 106. Vertriebsfrage. 107. Vertriebsfrage. 108. Vertriebsfrage. 109. Vertriebsfrage. 110. Vertriebsfrage. 111. Vertriebsfrage. 112. Vertriebsfrage. 113. Vertriebsfrage. 114. Vertriebsfrage. 115. Vertriebsfrage. 116. Vertriebsfrage. 117. Vertriebsfrage. 118. Vertriebsfrage. 119. Vertriebsfrage. 120. Vertriebsfrage. 121. Vertriebsfrage. 122. Vertriebsfrage. 123. Vertriebsfrage. 124. Vertriebsfrage. 125. Vertriebsfrage. 126. Vertriebsfrage. 127. Vertriebsfrage. 128. Vertriebsfrage. 129. Vertriebsfrage. 130. Vertriebsfrage. 131. Vertriebsfrage. 132. Vertriebsfrage. 133. Vertriebsfrage. 134. Vertriebsfrage. 135. Vertriebsfrage. 136. Vertriebsfrage. 137. Vertriebsfrage. 138. Vertriebsfrage. 139. Vertriebsfrage. 140. Vertriebsfrage. 141. Vertriebsfrage. 142. Vertriebsfrage. 143. Vertriebsfrage. 144. Vertriebsfrage. 145. Vertriebsfrage. 146. Vertriebsfrage. 147. Vertriebsfrage. 148. Vertriebsfrage. 149. Vertriebsfrage. 150. Vertriebsfrage. 151. Vertriebsfrage. 152. Vertriebsfrage. 153. Vertriebsfrage. 154. Vertriebsfrage. 155. Vertriebsfrage. 156. Vertriebsfrage. 157. Vertriebsfrage. 158. Vertriebsfrage. 159. Vertriebsfrage. 160. Vertriebsfrage. 161. Vertriebsfrage. 162. Vertriebsfrage. 163. Vertriebsfrage. 164. Vertriebsfrage. 165. Vertriebsfrage. 166. Vertriebsfrage. 167. Vertriebsfrage. 168. Vertriebsfrage. 169. Vertriebsfrage. 170. Vertriebsfrage. 171. Vertriebsfrage. 172. Vertriebsfrage. 173. Vertriebsfrage. 174. Vertriebsfrage. 175. Vertriebsfrage. 176. Vertriebsfrage. 177. Vertriebsfrage. 178. Vertriebsfrage. 179. Vertriebsfrage. 180. Vertriebsfrage. 181. Vertriebsfrage. 182. Vertriebsfrage. 183. Vertriebsfrage. 184. Vertriebsfrage. 185. Vertriebsfrage. 186. Vertriebsfrage. 187. Vertriebsfrage. 188. Vertriebsfrage. 189. Vertriebsfrage. 190. Vertriebsfrage. 191. Vertriebsfrage. 192. Vertriebsfrage. 193. Vertriebsfrage. 194. Vertriebsfrage. 195. Vertriebsfrage. 196. Vertriebsfrage. 197. Vertriebsfrage. 198. Vertriebsfrage. 199. Vertriebsfrage. 200. Vertriebsfrage. 201. Vertriebsfrage. 202. Vertriebsfrage. 203. Vertriebsfrage. 204. Vertriebsfrage. 205. Vertriebsfrage. 206. Vertriebsfrage. 207. Vertriebsfrage. 208. Vertriebsfrage. 209. Vertriebsfrage. 210. Vertriebsfrage. 211. Vertriebsfrage. 212. Vertriebsfrage. 213. Vertriebsfrage. 214. Vertriebsfrage. 215. Vertriebsfrage. 216. Vertriebsfrage. 217. Vertriebsfrage. 218. Vertriebsfrage. 219. Vertriebsfrage. 220. Vertriebsfrage. 221. Vertriebsfrage. 222. Vertriebsfrage. 223. Vertriebsfrage. 224. Vertriebsfrage. 225. Vertriebsfrage. 226. Vertriebsfrage. 227. Vertriebsfrage. 228. Vertriebsfrage. 229. Vertriebsfrage. 230. Vertriebsfrage. 231. Vertriebsfrage. 232. Vertriebsfrage. 233. Vertriebsfrage. 234. Vertriebsfrage. 235. Vertriebsfrage. 236. Vertriebsfrage. 237. Vertriebsfrage. 238. Vertriebsfrage. 239. Vertriebsfrage. 240. Vertriebsfrage. 241. Vertriebsfrage. 242. Vertriebsfrage. 243. Vertriebsfrage. 244. Vertriebsfrage. 245. Vertriebsfrage. 246. Vertriebsfrage. 247. Vertriebsfrage. 248. Vertriebsfrage. 249. Vertriebsfrage. 250. Vertriebsfrage. 251. Vertriebsfrage. 252. Vertriebsfrage. 253. Vertriebsfrage. 254. Vertriebsfrage. 255. Vertriebsfrage. 256. Vertriebsfrage. 257. Vertriebsfrage. 258. Vertriebsfrage. 259. Vertriebsfrage. 260. Vertriebsfrage. 261. Vertriebsfrage. 262. Vertriebsfrage. 263. Vertriebsfrage. 264. Vertriebsfrage. 265. Vertriebsfrage. 266. Vertriebsfrage. 267. Vertriebsfrage. 268. Vertriebsfrage. 269. Vertriebsfrage. 270. Vertriebsfrage. 271. Vertriebsfrage. 272. Vertriebsfrage. 273. Vertriebsfrage. 274. Vertriebsfrage. 275. Vertriebsfrage. 276. Vertriebsfrage. 277. Vertriebsfrage. 278. Vertriebsfrage. 279. Vertriebsfrage. 280. Vertriebsfrage. 281. Vertriebsfrage. 282. Vertriebsfrage. 283. Vertriebsfrage. 284. Vertriebsfrage. 285. Vertriebsfrage. 286. Vertriebsfrage. 287. Vertriebsfrage. 288. Vertriebsfrage. 289. Vertriebsfrage. 290. Vertriebsfrage. 291. Vertriebsfrage. 292. Vertriebsfrage. 293. Vertriebsfrage. 294. Vertriebsfrage. 295. Vertriebsfrage. 296. Vertriebsfrage. 297. Vertriebsfrage. 298. Vertriebsfrage. 299. Vertriebsfrage. 300. Vertriebsfrage. 301. Vertriebsfrage. 302. Vertriebsfrage. 303. Vertriebsfrage. 304. Vertriebsfrage. 305. Vertriebsfrage. 306. Vertriebsfrage. 307. Vertriebsfrage. 308. Vertriebsfrage. 309. Vertriebsfrage. 310. Vertriebsfrage. 311. Vertriebsfrage. 312. Vertriebsfrage. 313. Vertriebsfrage. 314. Vertriebsfrage. 315. Vertriebsfrage. 316. Vertriebsfrage. 317. Vertriebsfrage. 318. Vertriebsfrage. 319. Vertriebsfrage. 320. Vertriebsfrage. 321. Vertriebsfrage. 322. Vertriebsfrage. 323. Vertriebsfrage. 324. Vertriebsfrage. 325. Vertriebsfrage. 326. Vertriebsfrage. 327. Vertriebsfrage. 328. Vertriebsfrage. 329. Vertriebsfrage. 330. Vertriebsfrage. 331. Vertriebsfrage. 332. Vertriebsfrage. 333. Vertriebsfrage. 334. Vertriebsfrage. 335. Vertriebsfrage. 336. Vertriebsfrage. 337. Vertriebsfrage. 338. Vertriebsfrage. 339. Vertriebsfrage. 340. Vertriebsfrage. 341. Vertriebsfrage. 342. Vertriebsfrage. 343. Vertriebsfrage. 344. Vertriebsfrage. 345. Vertriebsfrage. 346. Vertriebsfrage. 347. Vertriebsfrage. 348. Vertriebsfrage. 349. Vertriebsfrage. 350. Vertriebsfrage. 351. Vertriebsfrage. 352. Vertriebsfrage. 353. Vertriebsfrage. 354. Vertriebsfrage. 355. Vertriebsfrage. 356. Vertriebsfrage. 357. Vertriebsfrage. 358. Vertriebsfrage. 359. Vertriebsfrage. 360. Vertriebsfrage. 361. Vertriebsfrage. 362. Vertriebsfrage. 363. Vertriebsfrage. 364. Vertriebsfrage. 365. Vertriebsfrage. 366. Vertriebsfrage. 367. Vertriebsfrage. 368. Vertriebsfrage. 369. Vertriebsfrage. 370. Vertriebsfrage. 371. Vertriebsfrage. 372. Vertriebsfrage. 373. Vertriebsfrage. 374. Vertriebsfrage. 375. Vertriebsfrage. 376. Vertriebsfrage. 377. Vertriebsfrage. 378. Vertriebsfrage. 379. Vertriebsfrage. 380. Vertriebsfrage. 381. Vertriebsfrage. 382. Vertriebsfrage. 383. Vertriebsfrage. 384. Vertriebsfrage. 385. Vertriebsfrage. 386. Vertriebsfrage. 387. Vertriebsfrage. 388. Vertriebsfrage. 389. Vertriebsfrage. 390. Vertriebsfrage. 391. Vertriebsfrage. 392. Vertriebsfrage. 393. Vertriebsfrage. 394. Vertriebsfrage. 395. Vertriebsfrage. 396. Vertriebsfrage. 397. Vertriebsfrage. 398. Vertriebsfrage. 399. Vertriebsfrage. 400. Vertriebsfrage. 401. Vertriebsfrage. 402. Vertriebsfrage. 403. Vertriebsfrage. 404. Vertriebsfrage. 405. Vertriebsfrage. 406. Vertriebsfrage. 407. Vertriebsfrage. 408. Vertriebsfrage. 409. Vertriebsfrage. 410. Vertriebsfrage. 411. Vertriebsfrage. 412. Vertriebsfrage. 413. Vertriebsfrage. 414. Vertriebsfrage. 415. Vertriebsfrage. 416. Vertriebsfrage. 417. Vertriebsfrage. 418. Vertriebsfrage. 419. Vertriebsfrage. 420. Vertriebsfrage. 421. Vertriebsfrage. 422. Vertriebsfrage. 423. Vertriebsfrage. 424. Vertriebsfrage. 425. Vertriebsfrage. 426. Vertriebsfrage. 427. Vertriebsfrage. 428. Vertriebsfrage. 429. Vertriebsfrage. 430. Vertriebsfrage. 431. Vertriebsfrage. 432. Vertriebsfrage. 433. Vertriebsfrage. 434. Vertriebsfrage. 435. Vertriebsfrage. 436. Vertriebsfrage. 437. Vertriebsfrage. 438. Vertriebsfrage. 439. Vertriebsfrage. 440. Vertriebsfrage. 441. Vertriebsfrage. 442. Vertriebsfrage. 443. Vertriebsfrage. 444. Vertriebsfrage. 445. Vertriebsfrage. 446. Vertriebsfrage. 447. Vertriebsfrage. 448. Vertriebsfrage. 449. Vertriebsfrage. 450. Vertriebsfrage. 451. Vertriebsfrage. 452. Vertriebsfrage. 453. Vertriebsfrage. 454. Vertriebsfrage. 455. Vertriebsfrage. 456. Vertriebsfrage. 457. Vertriebsfrage. 458. Vertriebsfrage. 459. Vertriebsfrage. 460. Vertriebsfrage. 461. Vertriebsfrage. 462. Vertriebsfrage. 463. Vertriebsfrage. 464. Vertriebsfrage. 465. Vertriebsfrage. 466. Vertriebsfrage. 467. Vertriebsfrage. 468. Vertriebsfrage. 469. Vertriebsfrage. 470. Vertriebsfrage. 471. Vertriebsfrage. 472. Vertriebsfrage. 473. Vertriebsfrage. 474. Vertriebsfrage. 475. Vertriebsfrage. 476. Vertriebsfrage. 477. Vertriebsfrage. 478. Vertriebsfrage. 479. Vertriebsfrage. 480. Vertriebsfrage. 481. Vertriebsfrage. 482. Vertriebsfrage. 483. Vertriebsfrage. 484. Vertriebsfrage. 485. Vertriebsfrage. 486. Vertriebsfrage. 487. Vertriebsfrage. 488. Vertriebsfrage. 489. Vertriebsfrage. 490. Vertriebsfrage. 491. Vertriebsfrage. 492. Vertriebsfrage. 493. Vertriebsfrage. 494. Vertriebsfrage. 495. Vertriebsfrage. 496. Vertriebsfrage. 497. Vertriebsfrage. 498. Vertriebsfrage. 499. Vertriebsfrage. 500. Vertriebsfrage. 501. Vertriebsfrage. 502. Vertriebsfrage. 503. Vertriebsfrage. 504. Vertriebsfrage. 505. Vertriebsfrage. 506. Vertriebsfrage. 507. Vertriebsfrage. 508. Vertriebsfrage. 509. Vertriebsfrage. 510. Vertriebsfrage. 511. Vertriebsfrage. 512. Vertriebsfrage. 513. Vertriebsfrage. 514. Vertriebsfrage. 515. Vertriebsfrage. 516. Vertriebsfrage. 517. Vertriebsfrage. 518. Vertriebsfrage. 519. Vertriebsfrage. 520. Vertriebsfrage. 521. Vertriebsfrage. 522. Vertriebsfrage. 523. Vertriebsfrage. 524. Vertriebsfrage. 525. Vertriebsfrage. 526. Vertriebsfrage. 527. Vertriebsfrage. 528. Vertriebsfrage. 529. Vertriebsfrage. 530. Vertriebsfrage. 531. Vertriebsfrage. 532. Vertriebsfrage. 533. Vertriebsfrage. 534. Vertriebsfrage. 535. Vertriebsfrage. 536. Vertriebsfrage. 537. Vertriebsfrage. 538. Vertriebsfrage. 539. Vertriebsfrage. 540. Vertriebsfrage. 541. Vertriebsfrage. 542. Vertriebsfrage. 543. Vertriebsfrage. 544. Vertriebsfrage. 545. Vertriebsfrage. 546. Vertriebsfrage. 547. Vertriebsfrage. 548. Vertriebsfrage. 549. Vertriebsfrage. 550. Vertriebsfrage. 551. Vertriebsfrage. 552. Vertriebsfrage. 553. Vertriebsfrage. 554. Vertriebsfrage. 555. Vertriebsfrage. 556. Vertriebsfrage. 557. Vertriebsfrage. 558. Vertriebsfrage. 559. Vertriebsfrage. 560. Vertriebsfrage. 561. Vertriebsfrage. 562. Vertriebsfrage. 563. Vertriebsfrage. 564. Vertriebsfrage. 565. Vertriebsfrage. 566. Vertriebsfrage. 567. Vertriebsfrage. 568. Vertriebsfrage. 569. Vertriebsfrage. 570. Vertriebsfrage. 571. Vertriebsfrage. 572. Vertriebsfrage. 573. Vertriebsfrage. 574. Vertriebsfrage. 575. Vertriebsfrage. 576. Vertriebsfrage. 577. Vertriebsfrage. 578. Vertriebsfrage. 579. Vertriebsfrage. 580. Vertriebsfrage. 581. Vertriebsfrage. 582. Vertriebsfrage. 583. Vertriebsfrage. 584. Vertriebsfrage. 585. Vertriebsfrage. 586. Vertriebsfrage. 587. Vertriebsfrage. 588. Vertriebsfrage. 589. Vertriebsfrage. 590. Vertriebsfrage. 591. Vertriebsfrage. 592. Vertriebsfrage. 593. Vertriebsfrage. 594. Vertriebsfrage. 595. Vertriebsfrage. 596. Vertriebsfrage. 597. Vertriebsfrage. 598. Vertriebsfrage. 599. Vertriebsfrage. 600. Vertriebsfrage. 601. Vertriebsfrage. 602. Vertriebsfrage. 603. Vertriebsfrage. 604. Vertriebsfrage. 605. Vertriebsfrage. 606. Vertriebsfrage. 607. Vertriebsfrage. 608. Vertriebsfrage. 609. Vertriebsfrage. 610. Vertriebsfrage. 611. Vertriebsfrage. 612. Vertriebsfrage. 613. Vertriebsfrage. 614. Vertriebsfrage. 615. Vertriebsfrage. 616. Vertriebsfrage. 617. Vertriebsfrage. 618. Vertriebsfrage. 619. Vertriebsfrage. 620. Vertriebsfrage. 621. Vertriebsfrage. 622. Vertriebsfrage. 623. Vertriebsfrage. 624. Vertriebsfrage. 625. Vertriebsfrage. 626. Vertriebsfrage. 627. Vertriebsfrage. 628. Vertriebsfrage. 629. Vertriebsfrage. 630. Vertriebsfrage. 631. Vertriebsfrage. 632. Vertriebsfrage. 633. Vertriebsfrage. 634. Vertriebsfrage. 635. Vertriebsfrage. 636. Vertriebsfrage. 637. Vertriebsfrage. 638. Vertriebsfrage. 639. Vertriebsfrage. 640. Vertriebsfrage. 641. Vertriebsfrage. 642. Vertriebsfrage. 643. Vertriebsfrage. 644. Vertriebsfrage. 645. Vertriebsfrage. 646. Vertriebsfrage. 647. Vertriebsfrage. 648. Vertriebsfrage. 649. Vertriebsfrage. 650. Vertriebsfrage. 651. Vertriebsfrage. 652. Vertriebsfrage. 653. Vertriebsfrage. 654. Vertriebsfrage. 655. Vertriebsfrage. 656. Vertriebsfrage. 657. Vertriebsfrage. 658. Vertriebsfrage. 659. Vertriebsfrage. 660. Vertriebsfrage. 661. Vertriebsfrage. 662. Vertriebsfrage. 663. Vertriebsfrage. 664. Vertriebsfrage. 665. Vertriebsfrage. 666. Vertriebsfrage. 667. Vertriebsfrage. 668. Vertriebsfrage. 669. Vertriebsfrage. 670. Vertriebsfrage. 671. Vertriebsfrage. 672. Vertriebsfrage. 673. Vertriebsfrage. 674. Vertriebsfrage. 675. Vertriebsfrage. 676. Vertriebsfrage. 677. Vertriebsfrage. 678. Vertriebsfrage. 679. Vertriebsfrage. 680. Vertriebsfrage. 681. Vertriebsfrage. 682. Vertriebsfrage. 683. Vertriebsfrage. 684. Vertriebsfrage. 685. Vertriebsfrage. 686. Vertriebsfrage. 687. Vertriebsfrage. 688. Vertriebsfrage. 689. Vertriebsfrage. 690. Vertriebsfrage. 691. Vertriebsfrage. 692. Vertriebsfrage. 693. Vertriebsfrage. 694. Vertriebsfrage. 695. Vertriebsfrage. 696. Vertriebsfrage. 697. Vertriebsfrage. 698. Vertriebsfrage. 699. Vertriebsfrage. 700. Vertriebsfrage. 701. Vertriebsfrage. 702. Vertriebsfrage. 703. Vertriebsfrage. 704. Vertriebsfrage. 705. Vertriebsfrage. 706. Vertriebsfrage. 707. Vertriebsfrage. 708. Vertriebsfrage. 709. Vertriebsfrage. 710. Vertriebsfrage. 711. Vertriebsfrage. 712. Vertriebsfrage. 713. Vertriebsfrage. 714. Vertriebsfrage. 715. Vertriebsfrage. 716. Vertriebsfrage. 717. Vertriebsfrage. 718. Vertriebsfrage. 719. Vertriebsfrage. 720. Vertriebsfrage. 721. Vertriebsfrage. 722. Vertriebsfrage. 723. Vertriebsfrage. 724. Vertriebsfrage. 725. Vertriebsfrage. 726. Vertriebsfrage. 727. Vertriebsfrage. 728. Vertriebsfrage. 729. Vertriebsfrage. 730. Vertriebsfrage. 731. Vertriebsfrage. 732. Vertriebsfrage. 733. Vertriebsfrage. 734. Vertriebsfrage. 735. Vertriebsfrage. 736. Vertriebsfrage. 737. Vertriebsfrage. 738. Vertriebsfrage. 739. Vertriebsfrage. 740. Vertriebsfrage. 741. Vertriebsfrage. 742. Vertriebsfrage. 743. Vertriebsfrage. 744. Vertriebsfrage. 745. Vertriebsfrage. 746. Vertriebsfrage. 747. Vertriebsfrage. 748. Vertriebsfrage. 749. Vertriebsfrage. 750. Vertriebsfrage. 751. Vertriebsfrage. 752. Vertriebsfrage. 753. Vertriebsfrage. 754. Vertriebsfrage. 755. Vertriebsfrage. 756. Vertriebsfrage. 757. Vertriebsfrage. 758. Vertriebsfrage. 759. Vertriebsfrage. 760. Vertriebsfrage. 761. Vertriebsfrage. 762. Vertriebsfrage. 763. Vertriebsfrage. 764. Vertriebsfrage. 765. Vertriebsfrage. 766. Vertriebsfrage. 767. Vertriebsfrage. 768. Vertriebsfrage. 769. Vertriebsfrage. 770. Vertriebsfrage. 771. Vertriebsfrage. 772. Vertriebsfrage. 773. Vertriebsfrage. 774. Vertriebsfrage. 775. Vertriebsfrage. 776. Vertriebsfrage. 777. Vertriebsfrage. 778. Vertriebsfrage. 779. Vertriebsfrage. 780. Vertriebsfrage. 781. Vertriebsfrage. 782. Vertriebsfrage. 783. Vertriebsfrage. 784. Vertriebsfrage. 785. Vertriebsfrage. 786. Vertriebsfrage. 787. Vertriebsfrage. 788. Vertriebsfrage. 789. Vertriebsfrage. 790. Vertriebsfrage. 791. Vertriebsfrage. 792. Vertriebsfrage. 793. Vertriebsfrage. 794. Vertriebsfrage. 795. Vertriebsfrage. 796. Vertriebsfrage. 797. Vertriebsfrage. 798. Vertriebsfrage. 799. Vertriebsfrage. 800. Vertriebsfrage. 801. Vertriebsfrage. 802. Vertriebsfrage. 803. Vertriebsfrage. 804. Vertriebsfrage. 805. Vertriebsfrage. 806. Vertriebsfrage. 807. Vertriebsfrage. 808. Vertriebsfrage. 809. Vertriebsfrage. 810. Vertriebsfrage. 811. Vertriebsfrage. 812. Vertriebsfrage. 813. Vertriebsfrage. 814. Vertriebsfrage. 815. Vertriebsfrage. 816. Vertriebsfrage. 817. Vertriebsfrage. 818. Vertriebsfrage. 819. Vertriebsfrage. 820. Vertriebsfrage. 821. Vertriebsfrage. 822. Vertriebsfrage. 823. Vertriebsfrage. 824. Vertriebsfrage. 825. Vertriebsfrage. 826. Vertriebsfrage. 827. Vertriebsfrage. 828. Vertriebsfrage. 829. Vertriebsfrage. 830. Vertriebsfrage. 831. Vertriebsfrage. 832. Vertriebsfrage. 833. Vertriebsfrage. 834. Vertriebsfrage. 835. Vertriebsfrage. 836. Vertriebsfrage. 837. Vertriebsfrage. 838. Vertriebsfrage. 839. Vertriebsfrage. 840. Vertriebsfrage. 841. Vertriebsfrage. 842. Vertriebsfrage. 843. Vertriebsfrage. 844. Vertriebsfrage. 845. Vertriebsfrage. 846. Vertriebsfrage. 847. Vertriebsfrage. 848. Vertriebsfrage. 849. Vertriebsfrage. 850. Vertriebsfrage. 851. Vertriebsfrage. 852. Vertriebsfrage. 853. Vertriebsfrage. 854. Vertriebsfrage. 855. Vertriebsfrage. 856. Vertriebsfrage. 857. Vertriebsfrage. 858. Vertriebsfrage. 859. Vertriebsfrage. 860. Vertriebsfrage. 861. Vertriebsfrage. 862. Vertriebsfrage. 863. Vertriebsfrage. 864. Vertriebsfrage. 865. Vertriebsfrage. 866. Vertriebsfrage. 867. Vertriebsfrage. 868. Vertriebsfrage. 869. Vertriebsfrage. 870. Vertriebsfrage. 871. Vertriebsfrage. 872. Vertriebsfrage. 873. Vertriebsfrage. 874. Vertriebsfrage. 875. Vertriebsfrage. 876. Vertriebsfrage. 877. Vertriebsfrage. 878. Vertriebsfrage. 879. Vertriebsfrage. 880. Vertriebsfrage. 881. Vertriebsfrage. 882. Vertriebsfrage. 883. Vertriebsfrage. 884. Vertriebsfrage. 885. Vertriebsfrage. 886. Vertriebsfrage. 887. Vertriebsfrage. 888. Vertriebsfrage. 889. Vertriebsfrage. 890. Vertriebsfrage. 891. Vertriebsfrage. 892. Vertriebsfrage. 893. Vertriebsfrage. 894. Vertriebsfrage. 895. Vertriebsfrage. 896. Vertriebsfrage. 897. Vertriebsfrage. 898. Vertriebsfrage. 899. Vertriebsfrage. 900. Vertriebsfrage. 901. Vertriebsfrage. 902. Vertriebsfrage. 903. Vertriebsfrage. 904. Vertriebsfrage. 905. Vertriebsfrage. 906. Vertriebsfrage. 907. Vertriebsfrage. 908. Vertriebsfrage. 909. Vertriebsfrage. 910. Vertriebsfrage. 911. Vertriebsfrage. 912. Vertriebsfrage. 913. Vertriebsfrage. 914. Vertriebsfrage. 915. Vertriebsfrage. 916. Vertriebsfrage. 917. Vertriebsfrage. 918. Vertriebsfrage. 919. Vertriebsfrage. 920. Vertriebsfrage. 921. Vertriebsfrage. 922. Vertriebsfrage. 923. Vertriebsfrage. 924. Vertriebsfrage. 925. Vertriebsfrage. 926. Vertriebsfrage. 927. Vertriebsfrage. 928. Vertriebsfrage. 929. Vertriebsfrage. 930. Vertriebsfrage. 931. Vertriebsfrage. 932. Vertriebsfrage. 933. Vertriebsfrage. 934. Vertriebsfrage. 935. Vertriebsfrage. 936. Vertriebsfrage. 937. Vertriebsfrage. 938. Vertriebsfrage. 939. Vertriebsfrage. 940. Vertriebsfrage. 941. Vertriebsfrage. 942. Vertriebsfrage. 943. Vertriebsfrage. 944. Vertriebsfrage. 945. Vertriebsfrage. 946. Vertriebsfrage. 947. Vertriebsfrage. 948. Vertriebsfrage. 949. Vertriebsfrage. 950. Vertriebsfrage. 951. Vertriebsfrage. 952. Vertriebsfrage. 953. Vertriebsfrage. 954. Vertriebsfrage. 955. Vertriebsfrage. 956. Vertriebsfrage. 957. Vertriebsfrage. 958. Vertriebsfrage. 959. Vertriebsfrage. 960. Vertriebsfrage. 961. Vertriebsfrage. 962. Vertriebsfrage. 963. Vertriebsfrage. 964. Vertriebsfrage. 965. Vertriebsfrage. 966. Vertriebsfrage. 967. Vertriebsfrage. 968. Vertriebsfrage. 969. Vertriebsfrage. 970. Vertriebsfrage. 971. Vertriebsfrage. 972. Vertriebsfrage. 973. Vertriebsfrage. 974. Vertriebsfrage. 975. Vertriebsfrage. 976. Vertriebsfrage. 977. Vertriebsfrage. 978. Vertriebsfrage. 979. Vertriebsfrage. 980. Vertriebsfrage. 981. Vertriebsfrage. 982. Vertriebsfrage. 983. Vertriebsfrage. 984. Vertriebsfrage. 985. Vertriebsfrage. 986. Vertriebsfrage. 987. Vertriebsfrage. 988. Vertriebsfrage. 989. Vertriebsfrage. 990. Vertriebsfrage. 991. Vertriebsfrage. 992. Vertriebsfrage. 993. Vertriebsfrage. 994. Vertriebsfrage. 995. Vertriebsfrage. 996. Vertriebsfrage. 997. Vertriebsfrage. 998. Vertriebsfrage. 999. Vertriebsfrage. 1000. Vertriebsfrage. 1001. Vertriebsfrage. 1002. Vertriebsfrage. 1003. Vertriebsfrage. 1004. Vertriebsfrage. 1005. Vertriebsfrage. 1006. Vertriebsfrage. 1007. Vertriebsfrage. 1008. Vertriebsfrage. 1009. Vertriebsfrage. 1010. Vertriebsfrage. 1011. Vertriebsfrage. 1012. Vertriebsfrage. 1013. Vertriebsfrage. 1014. Vertriebsfrage. 1015. Vertriebsfrage. 1016. Vertriebsfrage. 1017. Vertriebsfrage. 1018. Vertriebsfrage. 1019. Vertriebsfrage. 1020. Vertriebsfrage. 1021. Vertriebsfrage. 1022. Vertriebsfrage. 1023. Vertriebsfrage. 1024. Vertriebsfrage. 1025. Vertriebsfrage. 1026. Vertriebsfrage. 1027. Vertriebsfrage. 1028. Vertriebsfrage. 1029. Vertriebsfrage. 1030. Vertriebsfrage. 1031. Vertriebsfrage. 1032. Vertriebsfrage. 1033. Vertriebsfrage. 1034. Vertriebsfrage. 1035. Vertriebsfrage. 1036. Vertriebsfrage. 1037. Vertriebsfrage. 1038. Vertriebsfrage. 1039. Vertriebsfrage. 1040. Vertriebsfrage. 1041. Vertriebsfrage. 1042. Vertriebsfrage. 1043. Vertriebsfrage. 1044. Vertriebsfrage. 1045. Vertriebsfrage. 1046. Vertriebsfrage. 1047. Vertriebsfrage. 1048. Vertriebsfrage. 1049. Vertriebsfrage. 1050. Vertriebsfrage. 1051. Vertriebsfrage. 1052. Vertriebsfrage. 1053. Vertriebsfrage. 1054. Vertriebsfrage. 1055. Vertriebsfrage. 1056. Vertriebsfrage. 1057. Vertriebsfrage. 1058. Vertriebsfrage. 1059. Vertriebsfrage. 1060. Vertriebsfrage. 1061. Vertriebsfrage. 1062. Vertriebsfrage. 1063. Vertriebsfrage. 1064. Vertriebsfrage. 1065. Vertriebsfrage. 1066. Vertriebsfrage. 1067. Vertriebsfrage. 1068. Vertriebsfrage. 1069. Vertriebsfrage. 1070. Vertriebsfrage. 1071. Vertriebsfrage. 1072. Vertriebsfrage. 1073. Vertriebsfrage. 1074. Vertriebsfrage. 1075. Vertriebsfrage. 1076. Vertriebsfrage. 1077. Vertriebsfrage. 1078. Vertriebsfrage. 1079. Vertriebsfrage. 1080. Vertriebsfrage. 108

Zusammenstoßes der Arbeiter die gelben Organisationen und ihre Tätigkeit, dabei konnte der Herr sich nicht enthalten, den liberalen Ordnungsmann herauszufordern und zu jammern über das „antinationale, antilegitime und politisch-revolutionäre Programm der sozialdemokratischen Gewerkschaften“. Mit nicht beneidenswerter Kühnheit behauptete er, diese Gewerkschaften hätten, ebenso wie die Christlichen, „Zerplitterung in die deutsche Gewerkschaftsbewegung getragen“. Diese Behauptung ist zu absurd, um ernst genommen zu werden. Herr Barnholt ist Vertreter der Christ-Dankerschen Gewerkschaften, die gegründet worden sind zu dem ausgesprochenen Zweck, eine solidarisierende Arbeiterbewegung zu verbinden, und zwar zu einer Zeit, als mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften bereits der Anfang gemacht worden war. Serbentennamen haben die Gewerkschaften der Harmoniegesellschaft es zu nichts gebracht. Was bedeuten die hunderttausend Mitglieder, die sie jetzt haben gegenüber den zwei Millionen Arbeitern, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind. Es ist maßlos absurd, daß ein Christ-Dankerscher sich erdreißt, von einer Zersplitterung durch die freien Gewerkschaften zu sprechen. Innerhalb aber wollen wir Herrn Barnholt zu gute stellen, daß er wenigstens von dem Lufte der gelben Gewerkschaften nichts wissen will. Diese wurden in der Diskussion von dem Schloffer Detmann-Augsburg und einem gewissen Exipien-Augsburg verteidigt. Da griff der Darmstädter Pfarrer Krell ein mit folgenden Ausführungen:

Nach den Erfahrungen aus meinem Wahlkreis fällt die Gründung einer gelben Gewerkschaft stets zusammen mit der Herausdrängung aller organisierten Arbeiter aus den Betrieben. Ich kam den Angriffen auf die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsführer nicht zu. Als Pfarrer und Politiker sehe ich nicht an, zu erklären, daß ich den Gewerkschaftsführern alle Achtung meine höchste Anerkennung zolle. Sie sind in der Hauptzahl weit davon entfernt, bloß um des Geldes wegen für die Arbeiter zu wirken. Die Protokolle der gelben Gewerkschaften sind die Hintermänner des Reichsverbandes zur Befähigung der Sozialdemokratie, der den politischen Kampf so vergiftet, elend und persönlich führt wie niemand in ganz Deutschland und die Kriegespartei mit ihrem militaristisch reglementierten Geist und ihrer Geinnungs-richterei. Deshalb bin ich der Überzeugung, daß man nicht zugleich liberal und Mitglied einer gelben Gewerkschaft sein kann. Die gelben Gewerkschaften sind eigentlich nur eine Zusammenfassung der unorganisierten Arbeiter. Ich aber habe tief gekündet, daß die organisierten Arbeiter, auch wenn sie unglücklich waren, die sittlich Höherstehenden waren.

So wurde die Annahme einer Resolution erreicht, die ausspricht, daß die gelbe Gewerkschaft eine Gefahr für die Arbeiterbewegung bedeuten und der Liberalismus jeden Zusammenhang mit ihr ablehnt. Das ist recht schön und gut, aber wir sind überzeugt, daß das liberale Arbeitsherrntum sich dem Teufel um diese Resolution kummern wird.

Der Achtstundentag für Vergleite in England wird nunmehr Tatsache. Das englische Unterhaus hat mit großer Majorität, mit 390 gegen 120 Stimmen, diese Reform unter Annahme des betreffenden Gegenentwurfs beschlossen. Nahezu eine Million Arbeiter gewinnen daraus den Vorteil, daß jeder von ihnen im Durchschnitt 1½ Stunden täglich weniger zu arbeiten braucht. Dieser Gewinn an Ruhe wird in erheblichem Maße dazu beitragen, die Gesundheit, das geistige Leben, das Familienleben der Vergleite zu heben, und auch nicht ohne günstige Wirkung auf ihre wirtschaftliche Lage bleiben. Die Kohlengrubenbesitzer hatten verstanden, außerhalb und innerhalb des Parlaments Stimmung gegen das Gesetz zu machen mit der Behauptung, daß es eine bedeutende Steigerung der Kohlenpreise bringen werde. Dem wurde aber selbst von Vertretern des Unternehmers nicht so widerprochen. So erklärte Sir Mc Kean, daß die Hauskohl pro Tonne höchstens um 20 s, andere Kohlen um 25 bis 50 s pro Tonne steigen würde. Die Konsumenten hätten sich aus anderen Ursachen schon Preissteigerungen bis zur täglichen Höhe von 1 Schilling gefallen lassen müssen.

Der Handelsminister Churchill trat mit großer Entschiedenheit für das Gesetz ein. Er erklärte, die Einführung des Achtstundentages sei zu fordern im Interesse der Gesundheit, Erholung, der Kultur und Erziehung der Arbeiter, deren Arbeitskraft an Intensität gewinnen werde. Er könne nicht einsehen, warum die Willigkeit der Produkte immer auf Kosten der Humanität erreicht werden solle. Seine Fähigkeit, sich zu wundern, werde absorbiert nicht durch das Verlangen der Vergleite, sondern er habe nur Bewunderung für die Kühnheit, die Ruhe, das Verlangen und die Selbstzufriedenheit, mit welcher die Leute im Seidenhut und weißer Weste die Notwendigkeit dieser Reform bestreiten. Er bewillkomme das Gesetz um seiner selbst willen, aber noch mehr als Vorläufer einer allgemeinen Bewegung, zu einem Fortschritt auf dem Wege zur industriellen Demokratie.

Wie lange wird es in Preußen-Deutschland noch dauern, bis ein Minister zu solch vernünftiger und gerechter Auffassung sich aufschwingt und bis eine Parlamentsmajorität der Reform zustimmt?

Die russische Arbeiterschaft durchlebt gegenwärtig eine schwere wirtschaftliche Krise. Von allen Enden des Reiches kommen Nachrichten über zunehmende Not und Arbeitslosigkeit in Stadt und Land. Der Rückschlag, der sich nach einem kurzen, unbedeutenden Aufschwung in den wichtigsten Industriezweigen bemerkbar macht, drückt erst vor allem die Arbeiter. Die Zeitung „Sowremennoje Sionno“ bringt darüber folgende Angaben: In Sibirien herrscht unter den Arbeitern und Angehörigen der Zuckerfabriken eine furchtbare Arbeitslosigkeit. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern ist sehr gering. In den Kreisstädten der Gouvernements Cherson, Kiew und Bobolien lagern tausende obdachlos, hungernde Arbeiter. Im Donezgebiet, dem Zentrum der sibirischen Montan- und Hüttenindustrie, werden die Arbeiter eingeschränkt. In Weloslad (Gouv. Grobno) sind fast alle Fabriken geschlossen. Die Arbeitslosigkeit hat von hier auf das ganze Gouvernement Grobno übergriffen. In den Ostseeprovinzen macht sich eine verstärkte Emigration der Landarbeiter nach Amerika bemerkbar. Fürchtbar sieht die Lage in den Wolgagouvernements. Die Flussschiffahrt, die bisher zehntausende von Arbeitern ernährte, liegt danieder. Alle Städte an der Wolga sind mit Arbeitslosen

überfüllt, und täglich treffen neue Trupps hungeriger Bauern aus den Dörfern ein. Man berichtet bereits von epidemischen Erkrankungen in den Wolgastädten: die Cholera erhebt schon wieder ihr Haupt. Im Japan von Baku, wohin Tausende von Arbeitslosen aus den inneren Gouvernements zuwandern, ist in diesem Jahre die Hungerplage eingeschlagen. Das Meer der Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag. In Sibirien kommt es täglich zu blutigen Zusammenstößen zwischen den ortsanfälligen Arbeitern und den aus den inneren Gouvernements ausgemachten Bauern, die von der Regierung nach Sibirien geschickt, hülfs- und obdachlos dahelien und bereit sind, für jeden noch so geringen Preis zu arbeiten. Die Fabrikarbeiter in Kurland-Polen setzen sich dank der herrschenden Krisis gezwungen, als Landarbeiter nach Preußen zu gehen. Die Not ist so groß, daß der polnische Fabrikarbeiter selbst davor nicht zurückschreckt, sich unter die Fuchtel preussischer Agrarier zu begeben.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte: Travemünde (Sperrn über Söhrmann), Lübeck (Sperrn über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Insel Fehmarn (Aussperrung), Rendsburg (Sperrn nach das Rader Koks- und das Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte), Wesselburen, Quickborn (Streiks);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperrn über Thielke), Sülze (Sperrn über Holdorf);

Brandenburg:

Wittstock a. d. D. (Streik), Neu-Buch (Sperrn über Ehrlich), Luckenwalde (Sperrn über Ziehe in Woltersdorf), Neuenhagen (Sperrn über Liesegang);

Pommern:

Pölitz (Streik);

Ost- und Westpreussen:

Hammerstein (Sperrn über Kofahl und Karge), Rastenburg (Differenzen);

Schlesien:

Märzdorf (Sperrn über Scheundel in Grebelwitz), Festenberg (Sperrn über Steinbach aus Stęglitz), Hundsfeld-Rosenthal (Sperrn über Vetter aus Weide);

Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L.-Meckel, K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse, Artur Leonhardt in Stötteritz, Wasserrumstrasse), Mülsen-St. Niklas (Sperrn über Ferd. Döhn), Knautkeberg (Sperrn über David Ludley und L. Loos), Kauschberg (Sperrn über Bantzmann aus Lützen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Cracau b. Magdeburg (Sperrn über Weingart), Schkeuditz (Differenzen), Stassfurt (Streik);

Thüringen:

Arnstadt (Sperrn über Gressler), Ronneberg (Sperrn über Kretschmar);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Stadthagen (Streik), Milsburg (Sperrn über die Zementfabrik „Germania“), Münster, Westerstede und Umgegend (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Dortmund (Sperrn über den Fabrikant Leissner in Wambel), Elberfeld-Barmen (Sperrn über die Arbeiter der Firma Diedrich & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), Berg, Gladbach (Differenzen), Düsseldorf-Beurath (Sperrn über Zensen);

Hessen und Waldeck:

Heppenheim a. d. Bergstrasse (Sperrn über F. G. Held und Störz), Darmstadt (Sperrn über Raab, Kirsch, Schmidt und Pfeifer in Hahn, Streik der Zementarbeiter);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Mannheim-Ludwigshafen (Sperrn der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), Hassloch (Sperrn über Bittlinger und Steidel), Colmar (Bauarbeiterstreik);

Bayern:

Flurkirchen (Sperrn über Sterzer), Lauf a. d. Saalbach, Bad Aibling (Differenzen);

Friesenleger:

Rheinland-Westfalen (Abwehrstreiks).

Isolierer und Steinhölzler:

Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co.).

Schweiz:

Bern (Differenzen);

Oesterreich:

Kladno, Kralup, Leoben, Schüttenshofen, Spalato, Stockerau, Triest, Troppan.

Ungarn:

Arad, Debreczen, Kassa, Nagybeskerek, Mezötar (Aussperrung).

Schweden, Norwegen:

Allgemeine Aussperrung.

Kriegsgefahr in München.

Aus Mitleid des „Arbeitsnachweises“ sind unsere Münchner Kollegen mit dem bayerischen Unternehmerverband scharf aneinander geraten, weil sie die Überzeugung gewonnen haben, daß der Nachweis, eingerichtet und geleitet von dem Geschäftsführer Jellmeier, einzig und allein ein Maßregelungsbureau ist. Auf dem Bureau des Arbeitsnachweises werden schwarze Listen geführt, und den gekennzeichneten Arbeitern wird auch dann keine Arbeit nachgewiesen, wenn mit anderen, die bei Jellmeier noch nicht im schwarzen Bunde stehen, die Nachfrage nicht befriedigt werden kann. In dieser Willkür zu begegnen und den Unternehmerverband zur Errichtung bezw. Anerkennung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu veranlassen, wird der Jellmeierische „Nachweis“ von unseren Kollegen z. Zt. scharf boykottiert. Drei Hundstschreiben hat Jellmeier kurz hintereinander in Sachen des Maßregelungsbureaus an die Mitglieder des Unternehmerverbandes verfaßt, worin sie dringend erucht werden, sich streng an die „Geschäftsordnung“ zu halten und keinen Mann am Bau oder durch andere Vermittlung einzustellen. Mit verhasstem Groll muß er aber zugeben, daß seine Geschäftsordnung und -Praxis immer öfter von den Arbeitern durchkreuzt wird. — Wie lange noch, dann brennt's. Damit wir nicht geist haben wollen, daß wir den Brand wünschen. Aber der Brandstifter sei schon heute bekannt gegeben.

Gau Cöln.

Der Unternehmer Zensen in Düsseldorf-Beurath weigert sich, den durch den Essener Schiedsgericht gefällten Lohn zu zahlen, trotzdem ihn auf Wunsch der Schlichtungskommission der Vorliegende des Unternehmerverbandes nochmals dazu aufgefordert hat. Somit blieb nichts weiter übrig, als über die Bauten des Zensen die Sperrn zu verhängen. Alle 46 Kollegen legten am 10. Juli einstimmig die Arbeit nieder.

Gau Leipzig.

In Colditz weigerte sich bekanntlich der Unternehmer D. Schürich aus Leipzig, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Als deswegen der Bau gesperrt wurde, suchte er Hilfe beim bayerischen Unternehmerverband und auch beim Bezirks-Arbeitsgeberverband für das Baugewerbe im Königreich Sachsen, unter unrichtiger Schilderung des Sachverhalts. Der Bauvorstand hat sich dann berathen, dem Vorlande des Bezirks-Arbeitsgeberverbandes die Unrichtigkeit des ihm gewordenen Berichtes nachzuweisen. Als Antwort ging ihm nun nachstehend wiedergegebenes Schreiben zu:

Dresden-A., 28. den 7. Juli 08.

An den Zentral-Verband der Maurer Deutschlands, zu Händen des Herrn: Geheimer Obitat Jacob, Leipzig.

Ist Heftigst Ihre geehrten Schreiben zu Händen meiner Hand anbei den Colbiger Arbeitsvertrag, baufeld zurück und teilen Ihnen auf den Inhalt Ihres Schreibens mit, daß uns die Angelegenheit von Seiten des bayerischen Verbandes, dessen Mitglied die Baufirma Otto Schürich in Leipzig ist, nicht so berichtet worden ist, wie sie tatsächlich sich verhält.

Den Verband Döben und auch die Baufirma Otto Schürich haben wir veranlaßt, sich an die Bedingungen des Colbiger Vertrages zu halten, und wird damit die Differenz wohl behoben werden.

Godachungsboll

Bezirks-Arbeitsgeber-Verband für das Baugewerbe im Königreich Sachsen.

Der Vorstand:

Ernst Mead, Königl. Hofzimmermeister, z. Z. Vorsitzender.

Wie uns nachträglich berichtet wird, hat sich die Firma Schürich nunmehr bereit erklärt, 40 s Stundenlohn zu zahlen. Die Sperrn ist daher aufgehoben.

Gau Lübeck.

Zu der Sperrn über Görner & Heidenreich in Lübeck wird uns von dem bayerischen Zweigverein geschrieben: Allenfalls haben, wo die Kollegen einige Jahre in Afford geworfen haben, zeigt sich das Bestreben, diese Arbeitsweise zu beseitigen, weil ihre Schädlichkeit erkannt wird, und weil auch die goldenen Tage, die die Kollegen glaubten durch die Affordarbeit erhalten zu können, ausbleiben. Auch zeigt dieses System eine andere, weit schlimmere Begleiterscheinung: die Solidarität, das Band, welches die Kollegen im wirtschaftlichen Kampf fester denn je zusammenführen sollte, geht zum Teufel, indem die Kollegen unter sich selbst eine Auswahl der Arbeitskraft vornehmen; diejenigen, die nicht im Vollbesitz der Kraft sind, die von den Unternehmern verlangt wird, werden unarmherzig auf's Straßenpflaster geworfen. Man alter, ergrauter Kollege, der in seinen jungen Jahren aus Unkenntnis der daraus entstehenden Folgen, dem Trieb nach Mehrverdienst nachgebend, Befürworter dieses Systems war — heute verflucht er, was er früher vielleicht propagiert hat. Jetzt weiß er, obgleich das Alter noch nicht so drückend ist, daß seine Kräfte nur zu früh aufgebraucht und krankhaft und Stüchmig die Folgen sind. Aus alledem ergibt sich — und alle Berufsleute sollten zu der Einsicht gelangt sein —, daß die Affordarbeit das allerberwerflichste Arbeitssystem ist. Bekannt ist auch, daß die Unternehmer die Affordarbeit als ein Mittel zur Zersplitterung der Arbeiterorganisation benutzen. Hier am Orte war die Affordarbeit bis dato fremd. Wenn auch in den früheren Jahren Angehörigen vorhanden waren, die auf geheimen Afford von Einzelunternehmern hinwiesen, oder daß auch mal öffentlich ein Bau im Afford geführt wurde, so verschwand doch diese Erscheinung bald wieder, dank der Disziplin, die in unseren Reihen herrschte. Als nun in diesem Jahre der Tarif mit dem Postum: Affordarbeit ist zulässig, abgeschloffen wurde, glaubten einige Elemente, jetzt sei der Affordarbeit Tor und Tür geöffnet. Diese wurden gleich aus dem Verbande ausgeschlossen. Es haben sich aber im Laufe von vier Monaten noch sechs hinzugeschlossen, so daß die Zahl der Affordanten jetzt 13 beträgt; auch die letzteren sind am 8. Juli ausgeschlossen worden. Es sind dies: Behrens, Gammeter, Wötter, Kolz, Schulz, Teßlen. Kolz ist aus Kappeln, wo die Kollegen in der Aussperrung lagen, hier zugereist und ließ sich dann von der Gesellschaft fangen.

In der letzten Zweigvereinsversammlung, wo wir uns mit der Sperrn beschäftigten, kam allgemein zum Ausdruck, daß wir mit unserer Taktik so weiterfahren müssen und keine Ver-

anlassung haben, sie zu ändern. Wir sind immer noch der Meinung, daß es für Elberfeld nur eine vorübergehende Erscheinung ist. Nur möchten wir, die Kollegen noch warnen, sich nicht hinreißen zu lassen, die Afformauer zu belästigen, denn die Gesellschaft ist zu allem fähig. Durch Belegungen aber sind sie nicht zu bekehren. Hoffentlich kommt bei ihnen die Reue nicht zu spät.

Gau Magdeburg.

Der Streik in Staßfurt dauert fort. Zugung von außerhalb ist bis jetzt noch nicht weiter eingetroffen bis auf drei Maurer und zwei Bauarbeiter aus Eisenberg, die die Steinarbeit auf der Gasanlage als Spezialarbeit ausführen sollen. Aus- der Reiben der Streikenden sind leider zwei zum Streikbrecher geworden, was aber dadurch wieder ausgeglichen wird, daß von den stehengebliebenen Kollegen einer sich uns angeschlossen hat, so daß die Situation unverändert ist.

Gau Mannheim.

In **Waldbred** hatten sich unsere Kollegen endlich aufgerafft zu einer entlohnenden Tat. Viele Jahre hindurch war es nicht möglich, sie zur Einigkeit zu bringen. Nun hat der fällige Entschluss ihnen sehr bald einen schönen Erfolg gebracht. Durch den Streit ist es gelungen, endlich die zehnhündige Arbeitszeit tariffähig zu setzen. Endlich mussten die Unternehmer das System des Tagelohnes aufgeben und an dessen Stelle den Stundenlohn einführen. Es wurde vereinbart, daß der Stundenlohn 1908: 45 M und 1909: 46 M betragt. Nun gilt es für die Waldbredener Kollegen, fest zusammenzuhaltten, um das Erreichte auch hochzuhalten.

In **Laimbrecht** war aus der Spēre über Brent ein Streif geworden, weil nach vierwöchiger Dauer Brent immer noch nicht geneigt war, sich mit uns zu einigen. Es wurden deshalb allen Unternehmern Forderungen übermittelt. Bei den Verhandlungen, wozu wir die Unternehmer schriftlich eingeladen hatten, gelang es mir, mit zweien einig zu werden. Es wurde deshalb der Streif befohlen. Durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters fanden nun am 10. Juli wieder Verhandlungen statt. Einen Tarif wollten die Unternehmer auch jetzt noch nicht anerkennen. Nach langem Hin und Her einigte man sich aber zuletzt doch auf folgende Erklärung:

Unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Wosfinger traten heute die Unterzeichneten zu einer Verhandlung zusammen. Es wird folgende Vereinbarung getroffen:

„Vom Tage der Unterzeichnung dieser Vereinbarung beträgt der Stundenlohn 48 M . Der alte Tarif bleibt im übrigen bis zum 1. Januar 1909 in Kraft. Der neue Tarif muß vor Ablauf des alten vereinbart sein.“

Lambrecht, den 10. Juli 1908.

Für die Maurermeister: Brent, Denig.

Für die Maurer: Porter. Melzer. Maurer. Nordmann.
Der Bürgermeister.
Wosinger.

Dieser Vereinbarung stimmten die Kollegen zu. Sie haben eine Lohnerhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erzielt. Da die Arbeitsgelegenheit in Landrecht sehr klein ist, so bedeutet dieser Abschluß einen schönen Erfolg. Montag, den 13. Juli, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In der Umgebung von **Seidelsberg** stoßen wir bei der Durchführung des Vertrages auf Schwierigkeiten. In **Kirchheim** ist die Befähigung ziemlich gut. Wir fordern deshalb von den Untermietern die Aufkündigung eines neuen Vertrages und für 1909 eine Vollerhöhung von 2 fl pro Stunde. Der Untermieter stempelt einigte fl aus, aber die Fieber waren nicht zum Fiebern geeignet. Am 2. Juli verfuhr unter Gauswörthener Harnier nochmals eine Einigung herbeizuführen, aber es war vergeblich. Deshalb wurde der Streik erklärt. (In Frage kommen etwa 20 Mann.)

Nach Schluß der Debatteion. läuft die Mitteilung ein, daß der Streik nach eintägiger Dauer beendet ist. Die Unternehmer erkennen den Heibelsberger Tarif an.

In **Lundau** kam es in der letzten Woche ebenfalls zu Differenzen. Ein auswärtiger Unternehmer hatte den Abbruch eines Baues übernommen und verlangte, daß dabei ein Stunden-Arbeiter täglich in **Lundau** sein. Jedem der geschädigten Arbeiter sollte tariflich eingeführt, so weiterten sich die Kollegen, ein Stunden zu arbeiten. Es kam zum Konflikt, und die Kollegen verlangten die Sperre. Leider gelang es dem Unternehmer, Italiener heranzubringen. Dadurch wurde die Sperre illusorisch. Die Italiener wurden am 10. Juli zu einer Versprechung eingeladen; sie kamen auch und versprachen, nur sechs Stunden zu arbeiten. Da sie das Versprechen hielten, bleibt auszuwarten.

Gau München.

In **Neuburg a. d. D.** hat nun auch der Unternehmer Stellner den Vertrag unterzeichnet, so daß auch diese Sperrung aufgehoben werden konnte. Die vorigen Kollegen haben aber alle Ursache, im persönlichen Verkehr mit den Unternehmern recht vorsichtig zu sein. Es besteht die begründete Vermuthung, daß die Unternehmer versuchen, in irgend einer Weise Uneinigkeit unter die Kollegen zu säen.

In **Warrchau** ist der Streik mit vollem Erfolge beendet. Die Lohnverhütung ist zurückgewiesen, es wurden sogar manche Verbesserungen bei dem Vertrage ausgemacht. Die Politik der Unternehmer hat gänzlich misslungen. Die Kollegen haben sich in diesem Abwehrkriege gekümmert. Unserem Helden, dem Arbeiterführer, wurde geradezu außerordentlich brav gekämpft. Wiederholte war es den Unternehmern gelungen, Streikbrecher zu führen, eben so oft wurden sie von unseren Kollegen wieder abgeschoben. Nicht nur die Unternehmern, sondern auch manche Siegbürger boten ihr möglichstes auf, um diesen Abwehrkampf zu scheitern zu machen. Was es heißt, in einer derart. Schweren Gegen einen siebenschwachen Kampf zu führen, kann nur der begreifen, der diese Gegen kennt. Die Kollegen haben diesen Sieg aber auch hauptsächlich ihrer Disziplin zu verdanken. Hätten sie nicht den richtigen Zeitpunkt abgewartet, so wäre der Erfolg recht zweifelhaft gewesen. Der Unternehmer Esterzer hat die neue Vereinbarung noch nicht unterzeichnet, er ist deswegen gesperrt. Er ist nun bereits acht Wochen ohne Mannen, obwohl er sehr dringende Arbeiten ausführen hätte. Nach wenigen Tagen, und auch er wird müde sein.

In **Kelheim** haben am 4. Juli die Kollegen die Bohnenordnung beschlossen. Verlangt werden 44 1/2 Stundenlohn

nebst den üblichen Zuschlägen. Die Forderung ist durch den
Gandorfsigenden der Unternehmern zugestellt worden.

In Laufen i. O.B. ist den Unternehmern am 28. Juni eine Lohnforderung zugestellt worden. Eine Antwort war bisher noch nicht eingelaufen.

Gliesenleger.

Eine von den Unternehmern angebotene Verhandlung zur Beilegung des Streiks bezw. der Ausperrung im Rheinland-Westfalen ist am Freitag der vorigen Woche in Offen ergebnislos verlaufen. Eine Kommission, zwei Arbeiter und drei Unternehmer, hatten einige Tage zuvor versucht, eine Verständigung über die Arbeitsfrage zu finden zu bringen. Das Angebot der Unternehmer war jedoch so wenig zufriedenstellend (für viele Drite eine Reduktion der bisherigen Sätze), daß es von den Kollegen allerorts abgelehnt worden ist. An diesem Streikpunkt, über den die Verhandlungen nicht hinweg kamen, scheiterten auch die Einigungsversuche am Freitag. Unnötigerweise haben die Unternehmer beschloffen, die Ausperrung aufzugeben. Sie wollen die Arbeitsplätze jedoch nicht zu den alten Bedingungen öffnen, sondern die Aufhebung der Ausperrung ist lediglich ein Ziel, um Verwertung in die Reihen der Streikenden zu bringen. Die Ausperrung wurde inszeniert, um die Gleisenleger einzuschüchtern und sie von der Gefordermäßigung der Forderungen zurückzuführen, und nun soll sie aufgehoben werden, um solche Arbeiter, die sich nicht recht um den Stand der Dinge kümmern, zu ködern. Mit der Aufhebung der Ausperrung ist tatsächlich, an dem Stand der Bewegung nichts geändert. Die Unternehmer haben nach wie vor die Absicht, die Arbeitsfrage zu revidieren und auch andere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Von den Streikenden wird Klage geführt über die Unsolidarität einiger Maurer, die zeitweilig kleinere Fliesenlegearbeiten, namentlich Bodenbelag, ausführen. Das ist selbstverständlich unzulässig und verdient die schärfste Rüge. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, damit die gerügten Handlungen nicht wieder vorkommen.

Die „Reinlich-Weißfärbige Arbeitgeber-Zig.“ hat schon einige Male ihrer Denunziationen die Züge icheden lassen und verkündet, die streifenden Pfeilen gegen Arbeiter, die von Streikbrechern gemacht wurden, zerstört. Wir haben noch nichts davon gehört, daß der Schmiedehaus hierfür Beweise erbracht hat, wie wir auch nicht glauben, daß er das zu tun in der Lage sein wird. Trotzdem leistet er sich in der neuesten Nummer seines Blattes folgende neue, hoffentlich ebenso unberechtigte Denunziation:-

„Eine neue Wogeit, die ebenfalls auf den Klieen-
legertritt zuwuchsführen ist, wird uns heute von der Firma
Kircher & Otterhoff, Essen-Millendamm, mitgeteilt. Diese
Firma führt in einem Neubau Marmorarbeiten aus und
es stellte sich heraus, daß in der Nacht zum 6. Juli die
sämtlichen Granitpfeilsteine aus den Wänden herausgerissen
und zertrümmert waren. Ein solches Vorgehen ist geradezu
unerhört. Wir wollen nicht unterlassen, aus hier von der
Öffentlichkeit Kenntnis zu geben. Wir stellen wiederholt
fest, daß es sich hier nicht um Platten, sondern um
Marmorarbeiten handelte, und daß im Marmorwerke ein
Streit nicht besteht. Ebenso war schon neulich im
Verdachtsfall Bau festzustellen, daß hier die Schreiner-
arbeiten mit zerstört sind. Die Polizei sollte sich
wörtlich mit den „Streikposten“ und den
streikenden Klieenlegern etwas mehr
beschäftigen.“

Wir legen diese Noheit des Herrn Schmiedehans — pardon: der „Fliesenleger“ zu den übrigen.

Aus Holland wird uns berichtet, daß dort in den Zeitungen nach den verschiedensten Orten des Streifgebiets Mittheilungen gesucht werden. Alle Kollegen werden ersucht, die Vorgänge an der Grenze scharf zu beobachten und eventuell dem Streikomitee des nächsten Ortes Mittheilung zu machen.

Einen allgemeinen Streik der Dachdecker und Stuckateure

in Rheinland-Westfalen signalisiert die dortige
„Arbeiter-Ztg.“:

Die Verhandlungen der Stultkateure im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurden vor einigen Wochen durch Schiedsspruch abgebrochen, wodurch den Arbeitern in einigen Orten eine geringe Lohnerhöhung zugeprochen wurde. Diesen Schiedsspruch haben die Unternehmer abgelehnt. „Die Arbeitgeber-Ztg.“ stellt nun fest, daß die Stultkateuremänner außer Stande sind, die ihnen aufgelegte Last tragen zu können, und sie gibt dem verehrten Publikum anheim, zu ermeßen, wie ungerechtfertigt und feivol die fortgesetzten Klagen der Arbeitervertreter sind“. Nun soll es gar die christliche Organisation gewesen sein, die den Streik beendigt und durchgesetzt hat, daß die Dortmunder Geschäfte geöfnet wurden. — Nach der „Arbeitgeber-Ztg.“ will die Dortmunder „Arbeitgebergefellschaft“ geschlossen vorgehen und sämtliche organisierten Stultkateure ausseren. Dann sollen die Löhne der Stultkateure so herabgesetzt werden, „wie es den Zeitverhältnissen angemessen ist“.

Esienso jo es: den Dachbedeckern ergehen, die sich — wie die Stukkateurmeister — erlauben, den für sie ungünstiger Schiedsspruch abzulehnen. Alle Mitglieder der rheinisch-westfälischen Unternehmerverbände werden in der genannten Zeitung aufgefordert, die Stukkateurmeister und die Dachbedeckmeister auf das entschiedenste in ihren Bestrebungen zu unterstützen und insbesondere die Beschlässe hinsichtlich der Einstellung von Gesellen zu beachten, und ferner: die Stukkateurmeister nicht um Fertigstellung der Arbeiten zu drängen. Den Schluss bildet die untergeordnete Aufforderung zum Wohltat solcher Meister, „die den Streik benutzen wollen, um für sich besondere Vorteile durch Fertigstellung der Arbeiten zu erlangen, und die dadurch ihren organisierten Kollegen in den Rücken fallen“. Gerade hieraus sollen die Mitglieder der Unternehmerverbände ihr besonderes Augenmerk richten.

Aus Oesterreichisch Schlesien.

Aus **Troppau** wird uns geschrieben: Der Streik der Maurer dauert schon die sechste Woche. Die am 19. Juni stattgefundenen Verhandlungen verliefen resultatlos. Die Unternehmer geben durch Plakate, mittels deren sie Streikbrecher suchen, bekannt, daß sie für dieses Jahr nichts be-
willigen können, aber nächstes Jahr gern bereit find, in Verhandlungen einzutreten. Leider haben sich auch einige Individuen verleiten lassen, den organisierten Maurern in den Rücken zu fallen. Troppau ist im Belagerungszustand. Gendarmen und Polizisten find hufeisenförmig auf den Straßen zu sehen und unsere Streikposten müssen viel leiden; unser Koalitionsrecht wird mit Füßen getreten. Die österreichische Gendamerie geht bis nach Klein-Polska den Streikbrechern entgegen, und umgekehrt hat der preussische Gendarm gefür wieder über die Grenze nach Oesterreich zu kommen. Eine eigene räumliche Rolle in diesem Streik spielt der Herr Gendrich, obwohl ihn die Berechtigung unserer Forderung doch gar nicht hindert, sein Gehalt bekommt, scheint er nicht einmal so viel zu verdienen, daß er seine Familie erhalten kann, da er sonst nicht seine Kinder in die Fabriken schicken würde. Wieviel weniger kann dann der Maurer mit seinem jetzigen Lohn auskommen, der doch alljährlich einige Monate ohne Verdienst ist. Die Situation ist günstig; Buzug ist feinschaffend.

Die Kämpfe in Schweden.

Der neunzehn fünfzehnwöchige Kampf der Bauarbeiterschaft Stockholms ist als ein Glied in einer Kette von Kämpfen zu betrachten, die das schwedische Unternehmertum systematisch vorbereitet hat, um dem Einfluss der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einen Damm entgegenzusetzen. Die kampfesfähige Organisation der baugewerblichen Arbeiter Schwedens hat, wie in Deutschland, die Löhne einer zeitgemässen Reform zu unterziehen vermocht. Die Grossindustriellen haben diese Aufwärtsbewegung der baugewerblichen Lohnverhältnisse abschneiden Augen angesehen und in ihrer Presse war die Jahre hindurch von einer „enormen“ Steigerung der Kosten für Industrie- etc. Bauten zu lesen. Das war indes nur der äussere Vorwand. In Wirklichkeit richtete sich diese Antipathie gegen die „aufreizende“ Wirkung der höheren Bauarbeiterlöhne auf die übrige industrielle Arbeiterschaft. Mag auch diese „Aufreizung“ nur in der Phantasia der grossindustriellen Führer bestanden haben, jedenfalls haben sie fleissig gerüstet, um bei der hereinbrechenden Krise zu einem kräftigen Vorstoss auszuholen zu können.

Dem galt insbesondere die Einigung mit den anderen skandinavischen Unternehmerorganisationen, die auf einer Konferenz in Kopenhagen, November 1907, herbeigeführt wurde. Hier hat die Unternehmerorganisation Schwedens die Führung übernommen. Sie setzte einen Beschluss durch, wonach besonders mit der Steigerung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit im skandinavischen Baugewerbe Schluss gemacht werden soll, zu welchem Zwecke das Unternehmertum der drei skandinavischen Länder sich verpflichtet, durch Abweisung streikender oder ausgesperrter Arbeiter von den Arbeitsstätten sich gegenseitig zu unterstützen. Die Streikenden und Ausgesperrten aus dem einen Lande in das andere, die von den Gewerkschaften bei grösseren Kämpfen bisher erfolgreich organisiert wurden, soll dadurch unmöglich gemacht werden.

Kurz darauf kündigten die baugewerblichen Unternehmer Stockholms die mit der Arbeiterschaft abgeschlossenen Tarifverträge zum 1. April 1908. Sie boten den Arbeitern eine Lohnreduktion von vier Öre pro Stunde bei Zeitlohn und von 15 pZt. der Akkordlöhne. Die zehnstündige Arbeitszeit sollte Normalarbeitszeit bleiben, eine Verkürzung darüber hinaus dürfe es nicht geben.

Die Arbeiter lehnten diese Forderungen der Unternehmer entschieden ab, eine Einigung war nicht möglich und am 4. April begann die Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter Stockholms als Antwort auf die von den Arbeitern verhängte Sperre über die lohnkürzenden Betriebe. Die Regierung suchte zu vermitteln, aber mit negativem Erfolge.

Inzwischen wären in den Hafendstädten schwere Kämpfe der Hafenarbeiter ausgebrochen... Die schwedischen Hafenarbeiter haben sich im Laufe der Jahre eine verhältnismässig günstige Position zu schaffen gewusst. Zum Teil durch Ausschaltung des Privatunternehmens bei der Uebernahme von Stauearbeiten, zum Teil durch Organisation der Arbeitsvermittlung. Besonders die letztere Frage war für die Arbeiterschaft äusserst wichtig und es gelang fast überall, die Reeder zur Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung zu bewegen. Die besonderen Verhältnisse der schwedischen Schifffahrt (Kleinschifffahrt, die während der Wintermonate zum grossen Teil eingestellt wird, weil die Häfen zufrieren) brachten es mit sich, dass in den grösseren Häfen die Staueunternehmer wie die Reeder diese Neuordnung der Dinge als einen grossen Fortschritt gegen die früheren Verhältnisse empfinden mussten und auch zum Teil anerkannten. An Stelle der gänzlich verworlosten, dem Alkoholismus ergebenen Arbeitskräfte, die früher in den Häfen sich herumtrieben, war mit der gewerkschaftlichen Organisation eine selbstbewusste Arbeiterschaft getreten, die auf Ordnung in ihren Reihen hielt und den Alkohol von den Arbeitsplätzen verbannte.

Die Stauer wie die Reeder haben diesen Umschwung, der ein Werk zehnjähriger Arbeit der Hafenarbeiterorganisation war, durchaus nicht ungern gesehen. Das wird daraus schon erwiesen, dass sie an mehreren Plätzen sogar den gewerkschaftlichen Arbeitsvermittler voll besoldeten, wofür die Arbeitsvermittlung für sie unentgeltlich war.

Inzwischen war die schwedische Unternehmerorganisation in Industrie und Handwerk mächtig emporgeblüht. Sie konzentrierte sich auf drei Linien: Eisen-

Die in den meisten Städten aus städtischen Gründen abgelehnt wurde, so hält das bürgerliche Unternehmertum noch mit aller Zähigkeit daran fest. Es kommt sehr häufig vor, daß Polizei oder militärische Unternehmungen selbst, im Beisein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter diesen Arbeiterinnen gegenüber Ausdrücke gebrauchen, die vor der Öffentlichkeit nicht wiedergegeben werden können. Auch sonst läßt die Einhaltung des Bauarbeitergesetzes und der Bundesratsverordnung sehr viel zu wünschen übrig, besonders gegenwärtig beim Rathausneubau; denn dort werden die Anordnungen des Bauaufsehers wie auch des Architekten, in keiner Weise gewürdigt. Da durch das Submissionswesen die Preise sehr herabgedrückt werden, sucht das Unternehmertum sich dadurch schadlos zu halten, daß auf jegliche Art und Weise, wo es nur irgend möglich ist, der Arbeiterin unangenehm wird. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute zahlreich versammelten Bauarbeiter erkennen an, daß es unbedingt notwendig ist, solche lehrreiche und praktische Vorträge, wie ihn heute der Referent vorgebracht hat, öfter entgegen zu nehmen, und spricht den Wunsch aus, daß der Magistrat auch in Zukunft den Bauaufsehern zu solchen Vorträgen die Erlaubnis erteilt. Insbesondere ist bei der Behörde dahin zu wirken, daß den Bauaufsehern und höheren Aufsichtsbearbeitern größere Machtfugnisse eingeräumt werden, um den Bauarbeitergesetzen auch im richtigen Sinne zur Durchführung zu bringen.“

* Die Angst vor einer wirklichen Bauteilnahme. hat der Rheinisch-Westfälischen Bauarbeitervereinsgenossenschaft wieder einmal folgenden Satz erteilt: „Die Mitglieder werden hiermit dringend gebeten, eine Bauteilnahme von anderen Personen als solchen, welche sich als technische Aufsichtsbearbeiter der Genossenschaft genügend legitimieren oder als städtische Beamte ausweisen, zu verhindern. Es ziehen sozialdemokratische Bauteilnehmer durch die Lande und verbreiten Schreckensbilder von den Widerständen auf Bauten, die meist unkontrollierbar sind, aber doch im Reichstag benutzt werden, um auf eine gesetzliche Einschränkung der Kontrolle durch Arbeiter hinzuwirken. Wer nicht will, daß das Baugewerbe unter die Herrschaft der Sozialdemokratie kommt, verhindere die Revisionen durch angelegte Kontrollen und wende sie von den Betriebsstätten zurück.“

Die Angst der Rheinisch-Westfälischen ist ganz unbegründet. Sie muß doch selbst das allergrößte Interesse daran haben, daß die nun einmal nicht abzuleugnenden Widerstände beseitigt werden, und da die Berufsvereinsgenossenschaften dies allein nicht können — dafür liefern die Tatsachen unzählige Beweise — sollte auch die Rheinisch-Westfälische den sozialdemokratischen Bauteilnehmern dankbar für ihre Mithilfe sein. Daß aus der Schilderung der vorgeführten Widerstände Schreckensbilder entstehen, ist doch nicht Schuld der Kontrollen. Die Stellen nur Tatsachen fest, und leider schreiben sie immer noch nicht laut genug in die Welt hinaus, daß die Widerstände auf den Bauten und Bauplänen geradezu gräßlich sind. Und wiederum sollte es die Rheinisch-Westfälische als einen wahren Segen empfinden, daß dank der sozialdemokratischen Arbeiterführung sich die Gesetzgebung mit der Hebung der Schäden befassen muß. Leider hatte dies Verfahren bisher wenig Erfolg. Hätten die Berufsvereinsgenossenschaften die Macht und den ersten Willen, die Unfallgefahr nach Möglichkeit einzubäumen, dann bräuchten sich die Arbeiter nicht der besonderen Gefahr der Bauteilnahme auszusetzen und das Baugewerbe wäre von dem „Schrecken“ erlöst, unter „die Herrschaft der Sozialdemokratie“ zu kommen. Mit dem Kontrollverbot zeigen die Berufsvereinsgenossenschaften nur, daß sie ein sehr schlechtes Gewissen haben. Ueberdies würde es auch, wenn die Unternehmer es durchführen wollten, ein Schlag ins Wasser sein. Denn die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter werden ja immer in der Lage sein, die Schutzvorrichtungen auf ihre Zuverlässigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen und über den Befund zu berichten. Daß sie es viel eingehender als bisher tun, ist allerdings dringend nötig.

* Submissionslisten. Die Eisenbahnverwaltung in Neckargausen hat eine Einreibungsmauer von 1000 m Länge auszuführen und veranlaßt zur Vergebung der Arbeit eine Submission. Resultat: Meyer & Lange, Gelsenkirchen M. 15 886, Heinrich Henning - Dörken M. 13 724, Karl Brand - Düsseldorf M. 11 300,25, Gull, Neumann - Essen M. 7484,50, Anton Kruse-Neckargausen-Ost M. 6837, Götting-Bismarck i. B. M. 5910,40, Hugo Eickhorn-Neckargausen M. 5537,41, Herr. Gerg-Neckargausen M. 4675,75. Die Differenz zwischen dem Höchst- und dem Niedrigstgebot beträgt M. 11 210,25, also gut 21 mal soviel als die niedrigste Offerte. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß nur Arbeitslöhne in der Rechnung zu stellen waren, das Material liefert die Verwaltung. Tüchtige Arbeiter, diese Baumeister!

Für Glasarbeiten auf der Strecke Nordfriesische Weiche - Niebüll forderten Rüdigermeister - Hensburg als Mindestforderer M. 11 403,70, Jönsson - Eickeln als Höchstforderer M. 35 387. Der letztere forderte mithin mehr als den dreifachen Betrag. Der Durchschnittspreis betrug etwa M. 15 000.

Aus anderen Berufen.

* Die Lohnbewegungen des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1907 betragen nicht weniger als 1068 mit 170 182 Beteiligten in 433 Orten und 6580 Betrieben. Nachstehende Tabelle gibt zunächst eine Übersicht über die Art und den Umfang der Bewegungen im allgemeinen.

Art der Bewegungen	Zahl der					Organisierten in Deutschl. u. andern Verb.	
	Bewegungen	Orte	Betriebe	Beteiligte Arbeiter	Erwerbsfähige Arbeiter	in Deutschl.	in andern Verb.
Angriffstreits	166	92	1294	24003	13947	10243	1713
Abwehrstreits	136	74	147	35422	10625	8656	1232
Ausparierungen	43	39	295	84108	23315	13269	2922
Bewegungen ohne Arbeitsbeeinträchtigung	660	188	4782	173937	118826	71928	9964
Angriff	63	40	62	24287	8468	5134	823
Abwehr	1068	433	6580	291767	170182	109230	16674

Wir machen auf die große Zahl der ohne Arbeitsbeeinträchtigung Bewegungen aufmerksam, die allein rund 68 pZt. aller Bewegungen ausmachen. In den letzten vier Jahren hat der Anteil dieser „unblutigen“ Kämpfe immer mehr zugenommen; er betrug nämlich im Jahre 1904: 55,7 pZt., 1905: 56,3 pZt., 1906: 61,7 pZt. und 1907: 67,7 pZt. Um beurteilen zu können, ob wir es hier mit einer allgemeinen Erscheinung oder nur mit einer Wirkung des guten Geschäftsganges zu tun haben, muß man abwarten, welches Resultat in diesem und im nächsten Jahre herauskommen wird. Der Erfolg aller Bewegungen läßt sich so zusammenfassen: 81 379 Personen erhielten eine Verfürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 2,9 Stunden pro Woche und 83 597 Personen eine Erhöhung des Lohnes um M. 1,45 pro Person und Woche. Durch die Lohnbewegungen konnte für 1636 Betriebe die geplante Verlängerung der Arbeitszeit um durchschnittlich 3,4 Stunden pro Woche und für 3288 Betriebe eine angeborene Lohnfürzung von durchschnittlich M. 3 pro Woche abgewehrt werden. Die Kosten und Opfer aller Bewegungen gehen aus folgender Tabelle hervor:

Art der Bewegungen	Kosten		Verlust an	
	Hauptkassse M.	Fotokassse M.	Arbeitszeit Tage	Arbeitsverdienst M.
Angriffstreits	804898	236786	393636	1568760
Abwehrstreits	377661	90277	174915	669996
Ausparierungen	662897	153810	350159	1442693
Angriffsbeweg. ohne Streik	8039	3401	—	—
Abwehrbeweg. ohne Streik	185	107	—	—

Auf die Hauptkassse entfallen demnach M. 1 753 680 und auf die Fotokassse M. 484 381 Streiklohn. Außerdem wurden für Beträge an fremden Streiks an der Hauptkassse M. 14 248 und aus den Fotokasssen M. 16 675 begab. Zusammen betragen die Kosten M. 2 268 984.

Generalversammlungen.

Der Verband der Böttcher tagte mit 45 Delegierten in Gaffel. Die Zahl der Mitglieder betrug Ende 1907 7919, das ist eine Zunahme von 1052 seit 1905. Die Nettoeinnahme betrug in der Berichtsperiode 1905/08 M. 504 798, der entsprechende Betrag des Vorjahres M. 504 055,61 gegenüberstand. Das Vermögen des Verbandes betrug am Schluß 1907 M. 78 160,21. Im gleichen Zeitraum an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung M. 154 874,67, an Reiseunterstützung, Rechtschutz und Unfallschaden M. 30 961,07 verausgabt. Der Beitrag beträgt pro Woche 50 A. Streiks wurden 1906/07 82 geführt in 466 Betrieben mit 4164 Beteiligten. Mit vollem Erfolge endeten 48, mit teilweisem 29. Der Erfolg war für jeden Beteiligten eine Arbeitszeitverfürzung von 3,4 Stunden und eine Lohnerhöhung von M. 2,35 pro Woche. Das Verbandsorgan erscheint in einer Auflage von 10 200 und kostet pro Nummer 14 A. Eine Beitragsprüfung wurde, der Kosten wegen abgelehnt, ebenso ein Antrag, sich dem Holzarbeiterverband anzuschließen. Bezüglich der Agitation soll mehr getan werden. Drei Gauleiter sollen angestellt und Zuschüsse an lokale Verwaltungsstellen gegeben werden. Zweck Ausbau der Unterstufungseinrichtungen soll der wichtigste Beitrag von 50 auf 60 A. erhöht werden. Die Anstellungsbedingungen erfahren eine Regelung; ebenso werden die Gehaltsätze anders festgelegt. Das Anfangsgehalt soll für Vorstandsmitglieder mit M. 2100 beginnen und bis M. 2300 steigen. Diäten M. 6, mit Radikalis M. 8. Mietschuldnerstellen erhalten dazu den Lohnverlust. Der Sitz des Verbandes bleibt in Bremen.

Der Porzellanarbeiterverband hielt seinen Verbandstag vom 6. bis 12. Juni in Charlottenburg ab. Zwei Hauptfragen standen zur Erörterung: die Verschmelzung mit den Organisationen der Glasarbeiter und der Töpfer und die sogenannte Finanzreform. In der Verschmelzungfrage wurde eine Resolution angenommen, „worin die Sympathie mit dem Verschmelzungsgebäude ausgesprochen, diese aber für noch nicht prudenziell erklärt wird. Der Vorstand wurde beauftragt, die Mitglieder mehr als jeher für die Frage zu interessieren und gemeinsam mit den Vorständen der beiden in Betracht kommenden Verbände die Grundlage für eine Verschmelzung zu suchen. — Die Finanzen des Verbandes stehen schon seit einigen Jahren nicht ganz im Einklang mit den vielerlei Unterhaltungen, so daß die Erhöhung der Beiträge ein Gebot der Notwendigkeit war, wenn nicht die Unterstufung eingeschränkt oder die sonstigen Ausgaben der Organisation leiden sollten. Beschlossen wurde, an Stelle der bisherigen sechs Beitragsklassen deren vier mit Beiträgen von 15, 30, 45 und 60 A. einzuführen. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in den vier Klassen 4, 7, 11 und 14. In der Zuschußfrage betragen die Beiträge 10, 20, 30 und 40 A., die Unterstufungssätze M. 2,50, 5, 7,50 und 10. An Streikunterstützung werden M. 6, 9, 13 und 16 sowie M. 1. Zuschuß für jedes Kind bezahlt.

Ein Verbandstag der Photographengehilfen tagte am 7. und 8. Juni in Berlin. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist von 560 auf 380 zurückgegangen, da sich die Mitglieder in Dresden, Leipzig und München abgespalten und eine Sonderorganisation gegründet haben. Vertreter dieser Sonderorganisation waren übrigens auf dem Verbandstag anwesend und erklärten sich mit dem Antrag einverstanden, der den Verbandsvorstand beauftragt, Verhandlungen zwecks Wiederverschmelzung der beiden Organisationen anzubahnen. Der wichtigste Gegenstand der Verhandlungen war aber die Frage des Anschlusses an den Verband der Photographen. Von dem anwesenden Vorstehen dieser Organisation wurde der Anschluß im Interesse der Photographengehilfen aufs wärmste empfohlen und hierauf einstimmig beschlossen, eine Urabstimmung unter den Mitgliedern des Photographengehilfenverbandes vorzunehmen, die bis zum 1. Oktober vollzogen sein muß.

Der Schuhmacherverband hielt seine Generalversammlung vom 16. bis 20. Juni in Götting. Sie beschäftigte sich unter anderem mit der Frage der Verschmelzung der Branchenorganisationen in der Lederindustrie zu einem Industrierverband; beschlossen wurde, hierüber eine Urabstimmung vorzunehmen. Für den Fall, daß die auch in den anderen in Betracht kommenden Verbänden vorzunehmende Urabstimmung das Resultat zeitigt, daß nur eine Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverband in Frage kommt, soll hierüber eine besondere Abstimmung vorgenommen werden. Die Beiträge wurden in der

Weise erhöht, daß der Beitrag in der ersten Klasse, der nur weibliche Arbeiter und jugendliche Personen unter 16 Jahren angehören können, 25 A. beträgt. In der zweiten Klasse beträgt der Beitrag 40 A., in der dritten Klasse 55 A. Die Wahl zwischen diesen Klassen steht den Mitgliedern frei. Die Streikunterstützung beträgt in der ersten Klasse 90 A., nach 13monatlicher Mitgliedschaft M. 125. In der zweiten und dritten Klasse werden im ersten Jahre der Mitgliedschaft M. 150, später M. 2 pro Tag bezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in den drei Klassen 70 A., M. 1 bzw. M. 1,50 pro Tag.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Ausländische Arbeiter und Unfallgefahr. In der letzten Nummer des „Tiefbau“ veröffentlicht der Vorstand der Tiefbau-Berufsgenossenschaft einen Bericht des Vertrauensmannes für Oberösterreich, des Herrn Hermann Probst, Gneisen D. S., den derselbe anlässlich eines tödlichen Unfalles erstatet hat. In dem Bericht heißt es, daß in Oberösterreich in den Tiefbaubetrieben durchweg ausländische Arbeiter — Steiermärker, Kroaten, Galizier usw. — beschäftigt werden. Diese Ausländer kommen meistens in Trupps mit einem Kolonnen- oder Partieführer über die Grenze. Dieser Kolonnenführer ist meistens der Vertrauensmann der Arbeiter; immer aber der Dolmetscher derselben. Er ist meistens der einzige, der Deutsch spricht. Ohne diesen Kolonnenführer nehmen die Arbeiter keine Arbeit an. Dieser hat auch immer die Legitimationspapiere in Verwahrung. Wenn ein Tiefbauunternehmer zu eine Ausländerkolonne einstellt, so muß er auch den Kolonnenführer als Schachmeister oder Aufseher anstellen, ganz gleich, ob derselbe von den betreffenden Arbeiten eine Ahnung hat oder nicht. Herr Probst sagt dann, daß erfahrungsgemäß nicht nur die ausländischen Arbeiter, sondern auch die als Schachmeister oder Aufseher angestellten Kolonnenführer von dem modernen Tiefbaubetrieb mit seinen vielfach sehr gefährlichen Maschinen und Werkzeugen keine Ahnung haben. „Die Folgen davon sind gewöhnlich schwere Unfälle, wie, auch hier im vorliegenden Falle.“

Der Vorstand der Tiefbau-Berufsgenossenschaft bringt nun den Unternehmern den § 1 der Unfallversicherungsvorschriften erneut in Erinnerung, wonach die Arbeiter nur unter fachverständiger Leitung und Beaufsichtigung ausgeführt werden dürfen, und droht erneut mit eventuellen Ordnungsgeldstrafen bezw. Regreßansprüchen.

* Arbeitsbücher. Es gibt immer noch sehr viele Unternehmer, die über die gesetzlichen Vorschriften, betr. die Arbeitsbücher, ungenügend unterrichtet sind. Auch in den Kreisen der Arbeiter mangelt es hier und da noch an der nötigen Kenntnis. Daraus erwachsen sowohl jenen wie diesen mancherlei Unannehmlichkeiten und Nachteile. Es ist deshalb nicht überflüssig, in der Presse von Zeit zu Zeit wieder einmal auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen.

Die Gewerbeordnung (§§ 107 ff.) schreibt vor, daß minderjährige (unter 21 Jahre alte) Arbeiter mit einem von der Polizeibehörde ausgestellten Arbeitsbuch versehen sein müssen. Diese Vorschrift gilt nicht nur für Fabrikarbeiter, sondern, von kaufmännischen Angestellten abgesehen, für gewerbliche Arbeiter überhaupt, also auch für Handwerksgehilfen und Handwerker.

Der Arbeitgeber (Fabrikant, Handwerker) darf minderjährige Leute nicht beschäftigen, wenn sie nicht mit einem Arbeitsbuch versehen sind. Auch wenn ein Arbeiter zu nächst zur Probe eingestellt wird, muß er ein Arbeitsbuch haben. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, bei der Annahme minderjähriger Gesellen, Lehrlinge oder sonstiger Arbeiter das Arbeitsbuch diesen abzugeben und es bis zur rechtmäßigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses aufzubewahren. Er ist ferner verpflichtet, in das Arbeitsbuch die vorgeschriebenen Einträge über die Zeit des Eintritts und des Austritts und über die Art der Beschäftigung zu machen. Der Eintrag über die Zeit des Eintritts und über die Art der Beschäftigung ist vom Arbeitgeber gleich beim Eintritt zu machen.

Unterjenseits ist es den Arbeitgebern verboten, in die Arbeitsbücher andere Einträge als diejenigen, die im Gesetz vorgeschrieben sind, zu machen oder die Arbeitsbücher mit Merkmalen zu versehen, namentlich darf in die Arbeitsbücher keine Bemerkung über die Aufführung und über die Leistungen des Arbeitnehmers gemacht werden. Wenn ein Arbeiter eine Beschäftigung über seine Auflösung und über seine Leistungen zu unterschreiben, so muß der Arbeitgeber ihm darüber ein besonderes Zeugnis ausstellen.

Für die Arbeitsbücher ist vom Reichsanwalt ein besonderes Formular aufgestellt (für männliche Arbeiter mit einem blauen, für Arbeiterinnen mit einem braunen Umschlag). In jedem Arbeitsbuch sind die für die Arbeitsbücher geltenden Bestimmungen der Gewerbeordnung abgedruckt; nachzulesen wird empfohlen, diese Bestimmungen nachzulesen. Das Arbeitsbuch wird auf Antrag des Vaters oder des gesetzlichen Vertreters des minderjährigen Arbeitnehmers von der Polizeibehörde (Ortsvorsteher) seines letzten Aufenthaltsortes ausgestellt. Arbeitgeber, welche die Vorschriften über die Arbeitsbücher missachten, sind strafbar.

Fabrikanten, Handwerker und sonstige Gewerbetreibende sollen beachten, daß sie einen minderjährigen Lehrling, Gesellen, Gehilfen oder sonstigen Arbeiter (männlichen oder weiblichen Geschlechts), dem kein Arbeitsbuch ausgestellt ist, nicht in Beschäftigung nehmen dürfen, und daß sie die Einträge in die Arbeitsbücher pünktlich zu vollziehen haben. Dies ist nicht bloß im Interesse der Arbeiter, sondern auch in dem der Arbeitgeber gelegen.

Die Vorschriften über Arbeitsbücher finden auf vollschulpflichtige Kinder, die in gewerblichen Betrieben beschäftigt werden, keine Anwendung. Diese müssen aber, wenn sie nicht lediglich im Betriebe der Eltern oder Pflegeeltern beschäftigt werden, Arbeitskarten haben.

Krankenkassenbeamte contra Ortskrankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Der Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich einerseits, sowie die Verbände der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und der Bureauangestellten andererseits haben eine Tarixfrage in Aussicht zur Regelung der Anstellungsbedingungen erwidert. Das ist gewiss ein nützliches Verfahren, wie sich auch gegen den Wandel des Tarifs, das Vertragsmuster, nichts einwenden läßt. Diese Zustimmung können wir aber dem Anstellungsvertrag nicht geben, soweit es sich um Kündigung und Entlassung von Angestellten handelt. In dem Anstellungsvertrag, der dem Tarifvertrag als Bestandteil beigegeben ist, heißt es nämlich:

„Als Kündigungsfrist wird beiderseits eine dreimonatliche, quartalsweise, vereinbart, jedoch mit der Maßgabe, daß für die Kasse die Kündigungsfrist dieses Kündigungsrechts davon abhängig ist: 1. daß sich der Beamte gegen das Verlangen der Kasse einer strafrechtlich zu ahnenden Handlung schuldig gemacht hat; 2. daß der Beamte durch Strafurteil die bürgerlichen Ehrenrechte, sei es auch nur zeitweise, verloren hat; 3. daß der Beamte bei Ausübung seiner ihm durch die erfolgte Anstellung obliegenden Dienstpflichten sich grobe Pflichtverletzungen wiederholt, d. h. nach mindestens dreimaliger, innerhalb dreier Jahre unter Entlassungsandrohung erfolgter schriftlicher Verwarnungen hat zu schulden kommen lassen; 4. daß der Beamte dauernd außerstande kommt, seinen Dienstpflichten nachzukommen. Eine zeitliche Behinderung, mag Krankheit, Gichtum, dauerndes körperliches Gebrechen, Unterjochung, Verhinderung einer Strafe oder anderer Anlässe die Ursache sein, gewährt ein Kündigungsrecht, wenn die Dienstunfähigkeit bereits sechs Monate gedauert hat und der Grund derselben die Beförderung einer noch längeren Dauer oder aus derselben Ursache sich ergebenden Wiederholung rechtfertigt. In den Kündigungsfristen zu 1 und 2 kann die sofortige Entlassung erfolgen, wenn nach den gesetzlichen Bestimmungen die Entlassung ohne vorherige Kündigung zulässig ist. Eingehen ist auf seitens der Kasse kein Recht zur Kündigung vorhanden: wenn infolge Verringerung der Mitgliederzahl oder Verringerung der in der Verwaltung eine Verminderung des Personalbedarfs möglich wäre; es sei denn, daß die Personalreduktion aus diesem Grunde unabweisbares Bedürfnis ist und die Kündigung in der Weise geschieht, daß jeweils nur der Dienstjüngste der in Frage kommenden Beamtengruppe, nachdem auch seine bereits in einer anderen Beamtengruppe, verbrachte Dienstzeit angerechnet worden ist und nach vorheriger Entlassung nicht nach diesem Vertrage angestellt werden könnte, von derselben betroffen wird. In den Fällen der Verringerung der Mitgliederzahl infolge Überweisung von Mitgliedern an eine andere Versicherungsstelle oder auf Grund anderweitiger Organisationen der Kassen, der Versicherungen, der Zusammengehörigkeit der Versicherten bzw. deren Gruppierung und deren Vereinigung muß die Kasse die Übernahme des Beamten an die neue Organisation zu den Bedingungen dieses Vertrages veranlassen oder dem Beamten unter Haftung ihres Vermögens, in weissen Verwaltung daselbst auch immer gelangt sein mag, die vertragsmäßigen Bezüge solange gewähren, bis dem Beamten durch die Beschaffung der Übernahme dieses Vertrages durch die andere Kasse oder Organisation Ersatz gewährt ist.“

Nach dieser Kündigungsfrist, während die Kasse gewarnt, unabweisbar und überflüssige Beamte lebenslangig zu behalten oder sie zu denselben Bedingungen bei anderen Kassen unterzubringen. Wenn es dagegen dem Beamten in seiner Stelle nicht gefällt, soll er das Recht haben, kündigen zu dürfen. — Uns will bedünken, daß das eine sehr überhöhte Forderung ist; wenn wir in einer Krankenkassenverwaltung etwas mitzureden hätten, würden wir solche Verträge mit aller Entschiedenheit bekämpfen.

Auf denselben Standpunkt hat sich auch der Vorstand der Ortskrankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin gestellt, und er hat sich dadurch die Mißachtung des Verbandes der Krankenkassenbeamten zugezogen, die noch gesteigert wurde durch die Entlassung eines Bureauarbeiters, die nach der Meinung der Beamtenvereinigung nicht erfolgen durfte. Mit dieser Mitteilung könnte die Angelegenheit in diesem Stadium für den „Grundstein“ erledigt sein, wenn nicht der Vorsitzende der angegriffenen Kasse, der Vorsitzende unseres Verbandes aus hiesiger, Kollege August Daehne, wäre und wenn nicht überflüssige Leute ihm nachgesagt hätten: er verstoße gegen die Prinzipien der Arbeiterbewegung und gehöre daher nicht auf den Posten, den er inne habe.

Aus diesem Grunde müssen sich die Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer etwas mehr um den Streit kümmern, damit sie sich ein Urteil darüber bilden können, ob Kollege Daehne noch fernerhin das höchste Ehrenamt im Verband bekleiden kann.

In einer öffentlichen Versammlung der Bureauangestellten in Berlin, am 19. Juni d. Z., ist das folgende über die Ortskrankenkasse der Maurer begn. über ihren Vorstand gesagt worden:

„Bereits seit dem Jahre 1902 hat sich unsere Organisation (Verwaltungsbeamte der Krankenkassen) bemüht, für die in der Ortskrankenkasse der Maurer Beschäftigten Kollegen bessere Anstellungsbedingungen herbeizuführen. Eine Gesundheitsverbesserung sowie die Versicherung der Kollegen gegen Unfall ist trotz des Einwurfs eines arbeitnehmenden Vorstandes, daß diese Versicherung wohl nicht nötig sei, da sich die Angestellten doch wohl keine Papierspitter in die Finger reiben würden, erzielt. Über die Regelung der Anstellungsverhältnisse nach dem Tarif sei noch nicht gelungen. Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Maurer sei einer der allerjährligen Gegner des Tarifs und sei deswegen aus dem Zentralverband der Ortskrankenkassen ausgeschieden. Die Kollegen verstoßen der Vorstand fortwährend in Unterwürfigkeit zu erhalten.“

Wie, das zeige folgender Fall: Ein Kollege wurde beschuldigt, sich in einer Gastwirtschaft nicht korrekt betragen zu haben. Er sei deshalb vom Vorstand zur Rechenhaft gezogen worden. Man habe den Gastwirt und dessen Frau vernommen und darauf den Kollegen verurteilt. Den Antrag des Kollegen, auch seine Zeugen zu vernehmen, habe der Vorstand abgelehnt mit dem Bemerkten, daß dabei doch nichts herauskommen werde. Der Kollege habe sich bei dem Gastwirt entschuldigt und außerdem sein Amt als Vertrauensmann der Kollegen niedergelegt. — Auf Drängen unserer Organisation und der dortigen Kollegen sei der Vorstand der Ortskrankenkasse der Maurer endlich bereit gekommen, für seine Angestellten einen schriftlichen Vertrag zu fixieren, worüber natürlich auch schon die Generalversammlung beraten und beschloßen habe. Unsere Organisationsleiter haben man verstanden, so ziemlich den Vorstand gerichtet Schreiben von dem Vorstehenden Herrn Daehne gemittelt, daß er die Angelegenheit dem Vorstand unterbreite und dann Bescheid geben werde. Dies sei im Februar gewesen, aber bis jetzt sei der versprochene Bescheid noch nicht eingegangen. Dadurch sei mit der Kollegen ein Vertrag abgeschlossen, der seinesgleichen habe. Zur Charakterisierung dieser Kollegen, daß das in dem Vertrag vorgesehene Schiedsgericht aus drei Vorstandsmitgliedern und drei Angestellten der Ortskrankenkasse der Maurer mit einem von diesen sechs zu wählenden Dienstkollegen zu bilden sei. Die diesem Vertrage beigegebene Organisationsleiter von diesem Konstrukt Kenntnis erhalten hätten, wurde den Kollegen empfohlen, dasselbe nicht zu unterschreiben. Hierüber sei natürlich der Vorstand entrichtet gewesen. Veränderungen seien abgelehnt mit dem Bemerkten, daß es so etwas nicht geben könne, da die Generalversammlung den Vertrag bereits beschloßen habe. Kurz vor dem 1. Februar wurde der Vorsitzende Herr Daehne dann erklärt, wer den Vertrag nicht unterschreibe, werde keine Zulage erhalten. Die Kollegen hätten hierzu darauf hingewiesen, daß doch die Zulage von der Generalversammlung beschloßen sei und daß der Vorstand diesen Beschluß nicht willkürlich inhibieren könne. Auch an Herrn Eugen Simonowski, Vorsitzender der Zentralkommission und Schriftführer des Vorstandes der Ortskrankenkasse der Maurer, hätten sie sich gewandt. Dieser hätte darauf hingewiesen, daß die Zulage in der Tat in den Händen hätte und an dem Gegebenen nichts zu ändern sei. Hierauf hätten die Kollegen, gegen den Willen unserer Organisation, den sogenannten Vertrag unterschrieben.

Nun sei aber als letztes folgendes hinzugekommen: Infolge Verminderung der Zahl der Kassenmitglieder sei die Entlassung zweier Angestellten notwendig geworden. Man habe aber nicht, entsprechend den Grundbegriffen aller gewerkschaftlichen Organisationen, denen der Tarif angepaßt sei, den beiden Dienstjüngsten gekündigt, sondern aus acht Dienstjüngsten habe der Vorstand seine Wahl getroffen. Diese sei gefallen auf einen erst kürzere Zeit dort beschäftigten Kollegen und auf den Kollegen Rudolph, der bereits vier Jahre dort beschäftigt sei, nachdem noch sieben Kollegen eingekauft und als Dienstjüngere in Betracht gekommen seien. Der Kollege Rudolph sei seit längerer Zeit Vertrauensmann für die Kollegen der Ortskrankenkasse der Maurer und bis vor kurzem Schriftführer unserer Ortsgruppe gewesen. Als letzterer habe er seine Pflicht getan und, wie das vom Schriftführer verlangt werde, in objektiver Weise über eine Versammlung, in der das Verbot der Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse der Maurer etwas abfällig beleuchtet wurde, in unserer Zeitschrift berichtet. Hierüber sei Rudolph vom Vorstehenden Daehne zur Rede gestellt worden. Den Hinweis Rudolphs, daß er nur seine Pflicht getan habe, Daehne nicht gelten lassen. Mit diesem Vorgang, wie damit, daß Rudolph verstoßen habe, die Interessen seiner Kollegen wahrzunehmen, hänge ungewiss, die Kündigung desselben zusammen.

Unsere bisherige Organisationsleitung habe hierzu die Kollegen von der Ortskrankenkasse der Maurer zu einer Sitzung eingeladen, um sie über den Vorgang zu befragen. Die Kollegen seien aber mit einer Ausnahme nicht erschienen. Damit sei unsere Organisationsleitung sowohl von dem Vorstand der Ortskrankenkasse der Maurer, wie auch von den eigenen dort Beschäftigten Kollegen ignoriert. Aufeinander seien nun zwar die Kollegen ihres Vorstandes wert und würden von diesem daher auch genommen, was sie wert seien. Unsere Organisation dürfe und werde sich aber auf keinen Fall solches gefallen lassen. Von den überall in den ersten Reihen der Arbeiter sich befindenden Vorstandsmitgliedern der Ortskrankenkasse der Maurer sei zu verlangen, daß sie den Kollegen Rudolph nicht entlassen und endlich ihren Angestellten dem Tarif entsprechende Anstellungsbedingungen gewähren.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Maurer dürfe sich nicht umbrennen, wenn ihre Stellung zu dem Düsselbacher Tarif kopiert werde. Es sei bedauerlich, daß Gewerkschaftler es über sich brächten, in dieser Weise gegen die Einführung eines Tarifs zu arbeiten. Der Ausschußvorsitzende Daehne habe es für selbstverständlich erklärt, daß den Angestellten der Organisation eine dreimonatliche Kündigung zustehe. Der Krankenkassenvorsitzende Daehne jedoch habe für die Angestellten der Kasse eine sechsmonatliche Kündigung für genügend. Es müßte einmal ausgesprochen werden, daß es Gewerkschaftler gebe, die da glauben, wenn sie Arbeitgeber sind, alle gewerkschaftlichen Grundzüge mit sich treten zu dürfen. Weil unsere Organisation nicht zum Streit zu greifen vermöge, seien die Vorstände einseitig der Meinung, uns alles bieten zu können. Wir aber seien der Ansicht, daß gerade deswegen die Vorstände verpflichtet seien, uns gegenüber die Grundzüge der Arbeiterbewegung zu berücksichtigen. Auch die angedeutete Furcht über Intellektualität der Kollegen von der Ortskrankenkasse der Maurer sei zu bedauern. Wenn die Organisation ruhe, sei es Pflicht der Kollegen zu erscheinen. Wenn Daehne es fertig bekommen habe, unseren Vertrauensmann zu kündigen — er müsse genau wissen, was das für eine Gewerkschaft zu bedeuten habe — und sich gegen die Einführung des Tarifs sträube, verstoße er gegen die Prinzipien der Arbeiterbewegung und gehöre daher nicht auf den Posten, den er inne habe.

Wir haben diesen Bericht dem Organ der Bureauangestellten entnommen; ein ähnlicher, etwas kürzerer Bericht war schon vorher im „Vorwärts“ erschienen, und darauf hat der Vorstand der angegriffenen Kasse folgende Antwort gegeben:

Erläuterung.

Die Unterzeichneten erklären, daß sie für Abschließung von Tarifverträgen sind, die unter allen Umständen und in jeder Form als gewerkschaftlichen Grundsatz aber nicht anerkannt werden können. Da einzelne Bestimmungen des in Frage kommenden Vertrages der genannten Kasse bei ihrem statuierten Mitgliederbestande außerordentliche Lasten auferlegen und die Durchführung ihrer sonstigen Verpflichtungen in Frage stellen, so hat die Kassenvertretung (Vorstand und Generalversammlung) diese Anstellungs- und Kündigungsbedingungen einstimmig abgelehnt, weil hier einseitig den Kassenmitgliedern Verpflichtungen auferlegt werden, welche bei den Mitgliederbeständen schwer schädigend wirken.

Andererseits ist die Kassenvertretung bei Normierung der Gehälter beim Anfangsgehalt über die Höhe des Tarifs hinausgegangen. Sie hat kürzere Fristen für die Erreichung der Höchstgehälter eingeführt, sie gewährt den Angestellten Urlaub von ein bis zwei Wochen; es ist ein Angestelltenausfluß und zur Erledigung von Streitigkeiten ein Schiedsgericht vorgehen. Erwacht sei auch, daß der jetzt zwischen der Kasse und den Angestellten bestehende Vertrag in gemeinsamer Beratung zwischen Vorstand und sämtlichen Angestellten (auch des Vertrauensmannes Rudolph) festgestellt und von beiden Seiten ohne Widerspruch anerkannt ist.

Unrichtig weitergeleitet ist auch der Vorgang, welcher dem Kollegen Simonowski zur Last gelegt wird. Die Verhandlungen über den vom Vorstand vorgelegten Vertrag waren im November v. J. zum Stillstand gekommen, weil die Angestellten erklärten, sie benötigten erst der Beratungen unter sich, würden aber dem Vorstände umgehend ihre eventuellen Änderungsvorschläge unterbreiten. Da bis Ende Januar 1908 die von der Generalversammlung auf Grund der abgelaufenen Verträge zu gehörenden zweijährigen Gehaltszulagen fällig wurden, eine Hebung der Angestellten zum Verträge aber immer noch nicht vorlag, so ist den beiden Vertrauensmännern der Angestellten vom Vorstehenden und Schriftführer des Vorstandes im Weissen des Kassenrendanten mitgeteilt worden, daß der Vorstand nun umgehend eine Hebung der Angestellten zum Verträge erwarte, da er sonst dem Beschluß der Generalversammlung nicht nachkommen könne. Diese Hebung ist auch in wenigen Tagen durch Vorlegung der Änderungsvorschläge erfolgt und daraufhin die Sache glatt erledigt. Die Hebung in der Verhandlung, es sei die Unterzeichnung des Vertrages von den Angestellten vor Auszahlung der Zulagen gefordert worden, ist ebenfalls unrichtig.

Der Vorwurf, er habe zwei der Angestellten unbedeutend entlassen, es bedeute dies bei dem Vertrauensmann Rudolph eine Maßregelung, weist der Kassenvorstand als eine Verächtlichkeit ganz entschieden zurück. Die Kasse hat seit dem vorigen Jahre von ihrem mehr denn 19 000 Personen betragenden Mitgliederbestande über 6000 eingekauft, so daß selbst im Hochsommer nur noch ca. 13 000 vorhanden sind. Da die Zahl der Angestellten 19 betrug, so war es, selbst bei wohlwollendster Berücksichtigung der Interessen der Angestellten notwendig, einige zu entlassen. Der Vorstand hatte die Frage schon im Winter erwogen, hoffte aber immer noch auf Besserung. Den jüngeren Beamten ist dies auch bereits längere Zeit vor der Kündigungsfrist mitgeteilt worden, damit sie eventuell Gelegenheit zur Erlangung anderer Stellen benutzen konnten. Auch dem nachgewiesen werden, daß der Vorsitzende der Kasse sich selbst bemüht hat, um die zu Entlassenden in anderen Kassen unterzubringen.

Der eine der Entlassenen war der Jungstangeordnete Rudolph war allerdings, der Reihe nach, nicht der nächstfolgende. Seine Entlassung ist erfolgt aus verhaltensbedingten Gründen, auf Beschluß des Gesamtvorstandes, hat aber mit seiner Stellung als Vertrauensmann nichts das geringste gemein.

Wir werden die Angelegenheit auch in der außerordentlichen Generalversammlung der Kasse zur Sprache bringen, um den Delegierten Gelegenheit zur Aussprache zu geben und ihr Urteil zu hören. Auch kann es nur erwünscht sein, wenn wir in die Lage versetzt werden, unseren gewerkschaftlichen Organisationen Rechenschaft über unsere Maßnahmen zu geben.

Der Gesamtvorstand
der Ortskrankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Im Auftrage:

A. Daehne, Vorsitzender,
E. Simonowski, Schriftführer.

Aus dieser Erklärung und aus dem uns vorliegenden Vertrag der Maurerkasse geht hervor, daß dort die Angestellten in Bezug auf Arbeitszeit, Arbeitsleistung, Gehalt, Ferien usw. den besten, wenn nicht besten gestellt sind, als sie es nach ihrem Verbandscharakter verlangen können. Eine lebenslängliche Anstellung will ihnen die Kasse allerdings nicht gewähren, sondern das Dienstverhältnis soll beiderseits gleichmäßig nach vorausgegangener sechsmonatlicher Kündigung gelöst werden können. Man mag darüber streiten, ob für einen Bureaubeamten eine sechsmonatliche Kündigungsfrist genügt oder ob man besser drei Monate dafür ansetzt; auf eine längere Frist sollte man wenigstens generell keinen Anspruch erheben.

Was die Entlassung des Rudolph betrifft, so kann von einer „Maßregelung“ doch gar keine Rede sein. Wenn man sich allerdings auf den Standpunkt stellt, die Kasse ist nur der Beamten oder Bureauarbeiter wegen da, dann mag freilich jede Entlassung als eine „Maßregelung“ bezeichnet werden können. Von solchen Erwägungen werden wir aber hoffentlich nicht allzuweit abgelenkt werden, die Generalversammlungen der Mitglieder gewiß nicht leiten

